

Weltwirtschaft: Konjunkturschwäche in den Industrieländern	421
Europäische Währungsunion: Das schnelle Ende eines kräftigen Aufschwungs	431
Deutschland: Starker konjunktureller Rückschlag	436
Wirtschaftspolitik ohne klaren Kurs	447

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 28-29/01

Berlin

12. Juli 2001

68. Jahrgang

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2001/2002

Weltwirtschaft: Konjunkturschwäche in den Industrieländern

Die Konjunktur hat weltweit erheblich an Dynamik verloren. Besonders kräftig war die Abschwächung in den USA; in Japan hat sich die Lage zugespitzt. In Europa wurden die Hoffnungen auf eine weitgehend ungebrochene Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs zunichte gemacht (Tabellen 1.1 und 1.2).

Den Anstoß zur weltweiten Abkühlung der Konjunktur gaben die massive Ölverteuerung und die konjunkturelle Abschwächung in den USA. Die Erhöhung der Energiekosten hat — neben verschiedenen Sondereinflüssen wie der BSE-Krise — in zahlreichen Industrieländern die Verbraucherpreise spürbar ansteigen lassen. Dies hat in vielen Ländern direkt und indirekt zur Dämpfung der Konjunktur beigetragen: zum einem durch den Entzug von Kaufkraft, zum anderen dadurch, dass Notenbanken auf die Preissteigerungen im vergangenen Jahr mit einer Straffung ihrer geldpolitischen Zügel reagierten.

Die konjunkturelle Abschwächung in den USA wurde vor allem dadurch hervorgerufen, dass in den beiden vergangenen Jahren die amerikanische Notenbank unter dem Eindruck einer deutlich über Potential wachsenden Wirtschaft und anziehender Preise einen prononcierten Bremskurs eingeschlagen hatte. Auch in den USA wurde der Konjunkturrückgang durch den ölpreisbedingten Kaufkraftentzug verstärkt.

In Japan sind erneute Versuche, über fiskalische Stimuli der Wirtschaft Impulse zu geben, ebenso gescheitert wie die halbherzigen Ansätze zur Reform des Ban-

kenssystems. Mit der Geldpolitik allein kann die Deflation derzeit noch nicht überwunden werden. Somit sind die Chancen nach wie vor gering, die schon seit Jahren andauernde Stagnation der japanischen Volkswirtschaft zu beenden.

Die nachlassende Dynamik in den Industrieländern beeinträchtigt inzwischen auch das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Insbesondere in den asiatischen Tigerstaaten haben sich die Wachstumsaussichten deutlich eingetrübt. Gleiches gilt für die über relativ enge Handelsbeziehungen stark mit den USA verflochtenen Länder Mittel- und Südamerikas.

Gibt es Anzeichen für eine Besserung der Lage? Derzeit geht keine Zugkraft mehr von den USA auf die Weltwirtschaft aus. Zwar ist die amerikanische Wirtschaftspolitik angesichts der konjunkturellen Schwäche inzwischen eindeutig auf einen Expansionskurs eingeschwenkt: Die Notenbank hat die Zinsen drastisch gesenkt, und auch die Fiskalpolitik wird mit dem inzwischen verabschiedeten Steuerreformprogramm expansive Impulse geben. Jedoch werden die von der Zinssenkung ausgehenden Effekte erst zum Jahreswechsel ihre volle Wirkung entfalten, und die fiskalischen Stimuli werden nicht vor dem Herbst zu wirken beginnen. Umso mehr bedarf es einer expansiv ausgerichteten Wirtschaftspolitik in den übrigen Regionen. Namentlich in Westeuropa sollten die Zinsen deutlich gesenkt werden, um die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumskurs zu bringen, der zu mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit führt.

Tabelle 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den westlichen Industrieländern

	Gewichte in %		Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³⁾			Arbeitslosenquote ⁴⁾		
	BIP	Deutsche Ausfuhr	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr						in %		
			2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Deutschland	8,0	—	3,0	1,0	2,3	2,1	2,7	1,5	8,1	7,9	7,7
Frankreich	5,5	15,4	3,2	1,7	2,2	1,8	2,3	1,5	9,7	8,7	8,3
Italien	4,6	10,2	2,9	2,0	2,2	2,6	2,8	2,2	10,7	9,8	9,7
Spanien	2,4	6,1	4,1	2,8	2,6	3,5	3,9	3,1	14,1	13,1	12,8
Niederlande	1,7	8,7	3,9	1,9	2,8	2,3	5,4	2,5	2,4	2,3	2,3
Belgien	1,0	6,9	4,0	2,3	2,7	2,7	2,8	2,3	7,0	6,7	6,5
Österreich	0,8	6,4	3,3	2,1	2,1	2,0	2,7	1,6	4,6	3,7	3,5
Finnland	0,5	1,6	5,7	3,0	2,8	3,0	3,3	2,3	9,8	9,0	8,8
Griechenland	0,5	1,0	4,1	3,7	4,1	2,9	4,5	3,0	11,3	11,1	10,7
Portugal	0,4	1,4	3,3	2,4	2,5	2,8	4,9	3,3	4,0	4,1	4,1
Irland	0,4	0,8	10,7	7,2	6,5	5,3	4,2	3,4	4,3	3,9	3,8
Luxemburg	0,1	0,5	8,5	5,0	6,0	3,8	3,4	3,2	2,6	2,4	2,4
EWU-Länder ¹⁾	25,8	—	3,4	1,9	2,5	2,4	3,0	1,9	9,1	8,4	8,2
EWU-Länder ohne Deutschland	17,8	—	3,7	2,3	2,5	2,5	3,2	2,2	9,5	8,8	8,5
EWU-Länder ohne Deutschland ²⁾	—	59,1	3,7	2,2	2,5	2,5	3,3	2,1	—	—	—
Großbritannien	6,0	11,2	3,0	1,7	2,5	0,8	1,0	1,5	5,5	5,3	5,1
Schweden	1,0	3,1	3,6	2,5	3,0	1,4	1,6	1,3	5,9	5,5	5,3
Dänemark	0,7	2,1	2,9	1,7	2,1	2,8	2,9	2,0	4,7	5,0	4,9
Europäische Union ¹⁾	33,5	—	3,4	1,9	2,5	2,1	2,6	1,8	8,3	7,8	7,6
Europ. Union ohne Deutschland	25,5	—	3,5	2,1	2,5	2,1	2,6	2,0	8,4	7,8	7,6
Europ. Union ohne Deutschland ²⁾	—	75,5	3,6	2,1	2,5	2,2	2,9	2,0	—	—	—
Schweiz	1,0	5,8	3,4	2,3	2,2	1,6	1,5	1,1	2,5	2,3	2,2
Norwegen	0,7	1,0	2,2	1,7	2,2	3,0	2,8	1,9	3,5	3,0	3,0
Westeuropa ¹⁾	35,2	—	3,3	1,9	2,5	2,1	2,6	1,8	8,1	7,7	7,4
USA	42,3	13,8	5,0	1,4	2,2	3,4	3,3	2,4	4,0	5,0	5,2
Japan	19,6	3,0	1,5	-0,2	0,5	-0,7	-0,4	0,2	4,7	5,0	5,4
Kanada	2,9	1,0	4,7	2,2	2,6	3,4	3,3	2,5	6,8	6,9	7,1
Außereurop. Industrieländer	64,8	—	3,9	0,9	1,7	2,2	2,2	1,7	4,4	5,1	5,4
Außereurop. Industrieländer ²⁾	—	17,8	4,4	1,2	1,9	2,7	2,7	2,0	—	—	—
Insgesamt ¹⁾	100,0	—	3,7	1,3	2,0	2,1	2,3	1,8	6,1	6,3	6,3
Insgesamt ohne Deutschland	92,0	—	3,8	1,3	1,9	2,1	2,3	1,8	5,8	6,1	6,1
nachrichtlich:											
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	—	100,0	3,7	2,0	2,4	2,2	2,7	2,0	—	—	—

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1999 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1999. — ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1999. — ³⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex. — ⁴⁾ Standardisiert.

Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken; Berechnungen des DIW; 2001 und 2002: Prognose des DIW.

Rezessionsgefahr in Japan

Die Hoffnungen darauf, dass in Japan eine Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht werden kann, haben sich wieder zerschlagen. Im ersten Quartal 2001 sank das Bruttoinlandsprodukt mit einer laufenden Jahresrate von 0,8 % (Abbildung 1.1). Zurückzuführen war dies auf die anhaltende Schwäche der Binnennachfrage sowie den Einbruch bei den Exporten, der insbesondere auf die nachlassende Nachfrage aus den USA und den

asiatischen Nachbarstaaten zurückgeht. Nach wie vor sind die Konsumentenpreise rückläufig. Bei der schwachen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nahm die Beschäftigung leicht ab. Gleichwohl verharrt die Arbeitslosenquote unter der 5-Prozent-Marke.

Die Zeit dauerhaft starken Wirtschaftswachstums ist in Japan schon lange vorüber. Vielmehr droht der weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft nach 1999/2000 schon wieder eine Rezession. Dabei sind dort anders als in den

Tabelle 1.2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern

Reale Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Deutschland	1,6	1,0	2,1	1,4	0,8	0,9	2,4	-1,4	2,6	13,2	5,5	5,3	10,2	4,3	4,9
Frankreich	2,8	2,2	2,2	2,2	1,6	1,6	6,4	3,6	2,6	12,8	4,8	3,6	14,5	4,7	3,4
Italien	2,9	0,7	1,4	1,6	0,5	1,5	6,1	0,7	2,2	10,2	6,6	3,0	8,3	1,3	2,8
Spanien	4,0	2,4	2,8	2,6	2,4	2,1	5,9	2,9	4,0	10,8	7,5	4,7	10,4	6,4	5,7
Niederlande	3,9	3,0	2,7	3,1	2,1	1,7	4,0	1,4	2,8	9,1	4,9	5,0	9,1	5,2	5,4
Belgien	3,1	1,2	2,5	2,0	1,4	1,5	4,5	2,5	3,5	11,8	1,1	4,9	11,4	-0,1	4,9
Österreich	2,7	2,0	2,3	0,6	0,7	1,1	3,4	2,9	2,7	10,3	3,1	3,6	7,5	3,0	4,0
Finnland	3,0	3,2	2,9	0,4	1,0	1,5	4,8	4,3	4,0	17,7	5,3	5,3	12,8	6,0	5,6
Griechenland	3,2	2,8	2,9	0,8	0,5	0,5	9,4	8,5	8,0	8,0	7,0	7,2	7,4	7,2	7,3
Portugal	2,5	2,0	2,4	3,8	2,5	2,5	5,1	5,5	4,2	6,6	3,5	4,3	5,1	3,8	4,5
Irland	9,4	7,6	6,8	5,7	5,0	4,6	10,4	7,1	6,8	15,9	9,1	8,9	15,5	11,0	9,5
Luxemburg	3,5	4,0	3,5	4,9	3,5	3,5	0,5	4,5	5,5	14,3	6,0	8,0	10,5	5,5	6,5
EWU-Länder ^{1) 2)}	2,7	1,7	2,2	1,9	1,3	1,4	4,7	1,5	3,0	11,9	5,2	4,6	10,6	4,1	4,6
EWU-Länder ohne Deutschland ^{1) 2)}	3,2	1,9	2,2	2,1	1,5	1,7	5,8	2,8	3,1	11,3	5,1	4,4	10,7	3,9	4,5
Großbritannien	3,7	2,8	2,8	2,7	3,0	3,9	2,6	1,6	3,8	8,4	4,8	3,8	9,6	7,5	6,4
Schweden	4,1	2,8	2,5	-1,7	1,0	0,5	4,6	3,0	4,5	9,8	4,0	5,5	9,7	4,5	6,0
Dänemark	-0,2	1,3	1,3	0,6	1,5	1,5	11,1	2,0	2,5	9,8	3,5	5,0	10,2	2,5	4,5
Europ. Union ¹⁾	2,9	1,9	2,3	1,9	1,6	1,8	4,5	1,5	3,1	11,3	5,1	4,6	10,4	4,6	4,9
Europ. Union ohne Deutschland ¹⁾	3,3	2,2	2,4	2,0	1,8	2,1	5,3	2,5	3,3	10,7	4,9	4,4	10,5	4,6	4,9
Schweiz	2,0	2,0	1,6	0,2	0,1	0,0	6,8	3,5	3,0	9,5	3,5	5,5	8,6	3,0	4,5
Norwegen	2,1	2,4	2,5	1,4	2,5	2,5	-2,7	-2,5	2,5	2,8	2,8	4,5	1,2	2,0	4,5
Westeuropa ¹⁾	2,8	1,9	2,3	1,8	1,6	1,8	4,5	1,5	3,1	11,0	5,0	4,6	10,2	4,5	4,9
USA	5,3	1,6	1,4	2,0	2,2	2,0	9,3	1,1	2,8	9,0	0,4	3,3	13,5	-0,6	2,6
Japan	0,5	-0,2	0,3	3,6	1,3	-1,0	0,6	1,0	0,8	12,1	-5,8	5,9	9,9	-0,6	4,2
Kanada	3,0	1,5	2,5	2,4	2,2	2,6	11,7	3,5	6,0	9,6	1,5	4,0	12,0	2,0	5,5
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	3,9	1,1	1,1	2,6	1,9	1,0	6,3	1,1	2,2	9,9	-1,1	4,1	12,6	-0,3	3,3
Insgesamt ¹⁾	3,6	1,4	1,5	2,3	1,8	1,3	5,7	1,3	2,5	10,6	2,6	4,4	11,2	2,4	4,2
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	3,7	1,4	1,5	2,3	1,8	1,4	6,0	1,5	2,5	10,2	2,1	4,3	11,4	2,1	4,1

¹⁾ Gewichte 1999 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1999 (Jahresdurchschnitt). Export- und Importentwicklung: Gewichteter Durchschnitt der betreffenden Länder. — ²⁾ Exporte und Importe einschl. Binnenhandel.

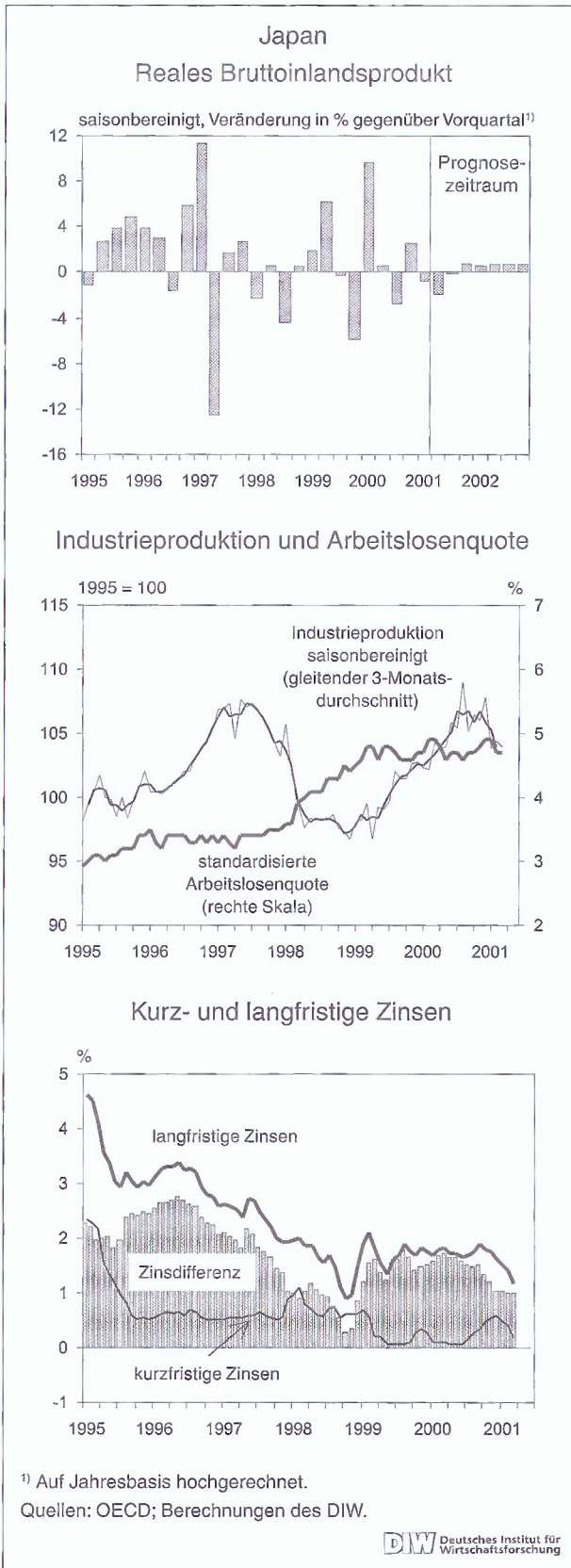
Quellen: OECD Economic Outlook; Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken; Berechnungen des DIW; 2001 und 2002: Prognose des DIW.

USA und in Europa die traditionellen geld- und fiskalpolitischen Instrumentarien weitgehend ausgereizt. In der Vergangenheit haben in vergleichbaren Situationen zusätzliche Fiskalprogramme immer wieder nur ein konjunkturelles Strohfeuer erzeugt. Dafür wurden aber hohe Fiskaldefizite und dramatisch steigende Staatsschulden — in diesem Jahr wohl auf etwa 130 % des Bruttoinlandsprodukts — in Kauf genommen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat die neue Regierung auf diese Art der Deflationsbekämpfung verzichtet und kein weiteres Fiskalprogramm aufgelegt.

Die Geldpolitik ist seit März 2001 faktisch zur Nullzinspolitik zurückgekehrt.¹ Mit der massiven Bereitstellung von Liquidität für den Bankensektor soll ein Beitrag zur Deflationsbekämpfung geleistet werden. Sicherlich stößt die Zentralbank dabei an enge Grenzen, denn derzeit kann sie mit ihren Instrumenten im Wesentlichen nur die

¹ Tatsächlich hat die Zentralbank nicht explizit eine Rückkehr zur Nullzinspolitik eingeleitet, sondern über eine extreme Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken den Zins für Tagesgeld in die Größenordnung von null gedrückt.

Abbildung 1.1



Entwicklung von M1 beeinflussen. Diesen Spielraum sollte sie allerdings voll nutzen. Hierzu können Käufe von Anleihen dienen. Geeignet sind aber auch der Erwerb und die Monetisierung von Devisen in Situationen, in denen der Yen zunehmend überbewertet zu werden droht. Nichtsterilisierte Devisenkäufe hätten dann neben der Liquiditätsbereitstellung einen weiteren erwünschten Effekt. Sie könnten die Gefahr vermindern, dass eine Erholung der Wirtschaft, wie so oft in Japan, durch eine reale Aufwertung des Yen schon im Keim erstickt wird.

Die Entwicklung der für die wirtschaftliche Expansion notwendigen Kreditvergabe wird dagegen auch entscheidend von der Leistungsfähigkeit des Geschäftsbankensektors bestimmt. Dieser befindet sich in einer desolaten Lage. Trotz immer wieder aufgelegter Restrukturierungsprogramme der Regierung ist der Anteil notleidender Kredite in den Bilanzen der Geschäftsbanken nach wie vor hoch. Die Einleger sind dadurch verunsichert und ziehen ihre Finanzmittel teilweise ab. Unter diesen Umständen funktioniert die Intermediation durch den Bankensektor, der in Japan traditionell entscheidende Funktionen bei der Unternehmensfinanzierung übernimmt, nur noch bedingt. So kommt der Investitionsprozess nicht in Gang.

Die neue Regierung hat die Sanierung des Geschäftsbankensektors in den Mittelpunkt gestellt. Dabei werden den Banken im Wesentlichen Sonderabschreibungsmöglichkeiten für notleidende Kredite über mehrere Jahre eingeräumt, um so zu einer endgültigen Bilanzbereinigung zu gelangen. Wegen des anvisierten Zeitraums bis zum Jahre 2003 dürfte dieser Schritt kaum zu einer raschen Lösung des Problems führen.

Zwangsläufig werden die Reformen im Unternehmens- und Bankensektor mit Konkursen und Entlassungen einhergehen. Dadurch wird insbesondere der private Verbrauch gedrückt. Zugleich geht der Export wegen der zunächst noch anhaltenden Nachfrageschwäche in den USA und den asiatischen Nachbarländern spürbar zurück. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,2 % schrumpfen. Eine durchgreifende Erholung ist auch im Folgejahr nicht in Sicht. Vielmehr dürften sich die positiven Wirkungen des Umstrukturierungsprozesses frühestens gegen Ende des Prognosezeitraums zeigen. Impulse werden vor allem von dem verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld und der erwarteten Abwertung des Yen ausgehen und zu einer erneuten Expansion der Exporte führen. Vor diesem Hintergrund wird die japanische Wirtschaft im Jahre 2002 nur schwach — um 0,3 % — expandieren. Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr noch einmal sinken (−0,4 %) und auch im Jahre 2002 nur leicht steigen (+0,2 %).

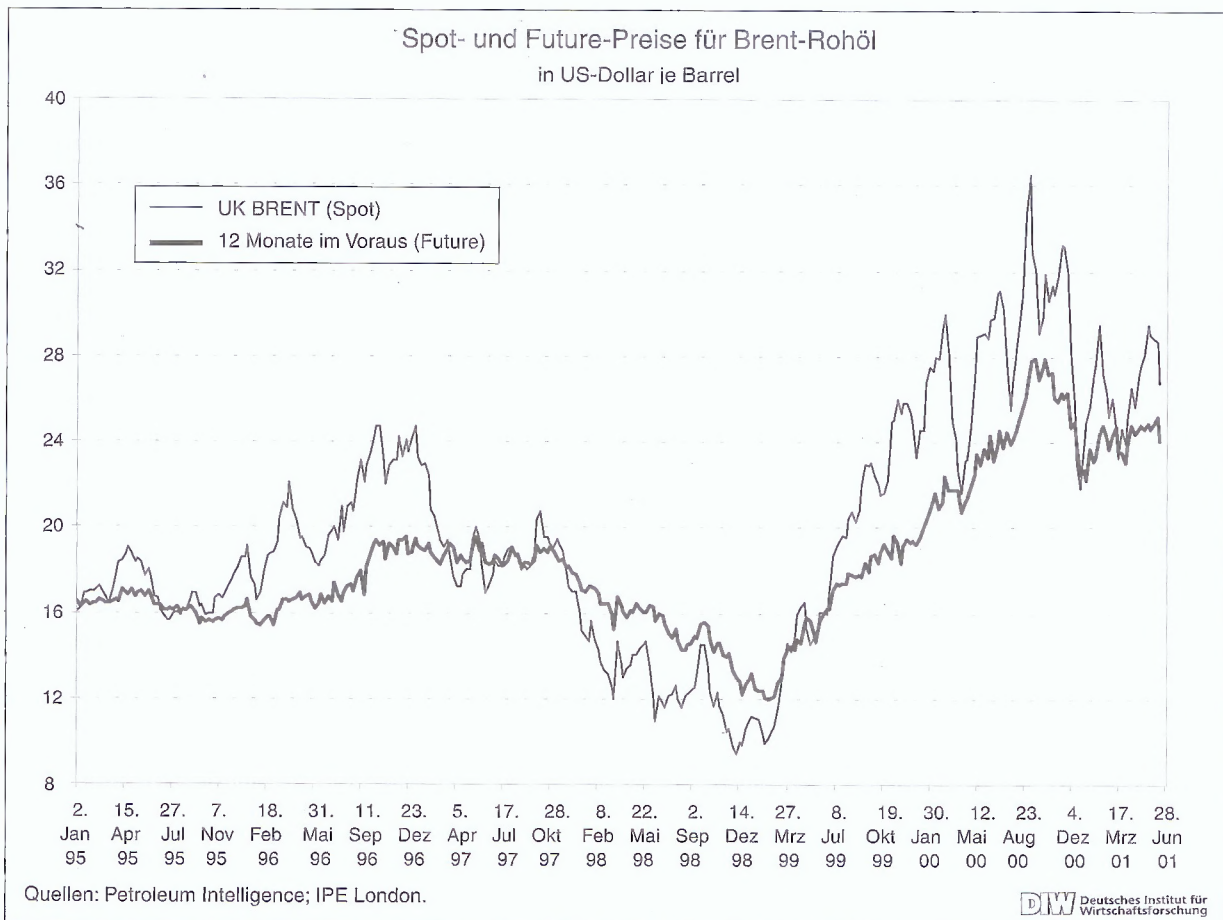
Zur Entwicklung der Ölpreise

Aufgrund der starken Marktposition der OPEC liegen die Rohölpreise derzeit deutlich über dem Niveau, das sich nach Mitte der 80er Jahre herausgebildet hatte. Bis September 2000 waren die Rohölpreise auf über 36 US-Dollar je Barrel gestiegen — damit überschritten sie erheblich den von der OPEC gesetzten Preiskorridor von 22 bis 28 US-Dollar je Barrel. Nicht zuletzt weil die Ölgewinnung den Ölverbrauch übertraf, setzte Ende vorigen Jahres ein Preisverfall ein. Nach der Senkung der Förderquoten im Januar und März dieses Jahres zogen die Rohölpreise zeitweilig an; derzeit liegen sie bei 26 US-Dollar je Barrel.

Aktuell wird auf dem Markt — von Rohölverarbeitern und Händlern — ein Preisverfall erwartet, denn die Future-Preise liegen deutlich unter den Spot-Preisen, also den Preisen für sofortige Lieferungen (Abbildung). Solange das jedoch der Fall ist, besteht kein Anreiz, die Ölbestände über die Menge hinaus aufzustocken, die für einen reibungslosen Betriebsablauf notwendig ist; bei knappen Beständen werden die Rohölpreise aber volatil bleiben.

Während die Rohölpreise von der OPEC hoch gehalten werden, herrscht auf den Märkten für Mineralölprodukte ein intensiver Wettbewerb. Hohe Mineralölsteuern erhöhen die Wettbewerbsintensität zusätzlich. Dadurch werden die Preise — ohne Steuern — gedrückt. Infolge der Diskrepanz zwischen der Preisbildung bei Rohöl und bei Mineralölprodukten können die Erträge in Verarbeitung und Vertrieb temporär gemindert werden, so dass die Investitionstätigkeit reduziert und die Produktion defizitärer Produkte (temporär) eingestellt wird. Dadurch können Knappheiten bei den Verarbeitungskapazitäten entstehen, die mit entsprechenden Preisschüben auch für Mineralölprodukte verbunden sind. Ein solcher Schub ist bei den Benzinpreisen im Frühjahr aufgrund unzureichender Raffineriekapazitäten auf den US-Märkten ausgelöst worden. Ähnliches ist auch für Europa nicht auszuschließen.¹ So sind gegenwärtig etwa 10 % der europäischen Raffineriekapazitäten wegen zu geringer Margen bei einzelnen Produkten nicht in Betrieb und werden offenbar kurzfristig nicht aktiviert.

¹ Vgl. Petroleum Intelligence Weekly, June 18, 2001, S. 10.



USA: Stark nachlassende Dynamik — Wirtschaftspolitik auf Expansionskurs

Im Spätherbst des vorigen Jahres ist der lang anhaltende Aufschwung zu Ende gegangen (Abbildung 1.2). Die Investitionsdynamik ließ seither deutlich nach. Das Expansionstempo der privaten Anlageinvestitionen verminderte sich drastisch, auf Jahresbasis von 9 % im Sommerhalbjahr auf 0,6 % im Winterhalbjahr. Dieser starke Einbruch der Investitionstätigkeit kann zum Teil als Anpassungsreaktion auf den Investitionsboom, vor allem im Bereich der „New Economy“, erklärt werden, deren Finanzierung durch die Aktienmarkteuphorie ermöglicht wurde. Die künftigen Gewinne in diesem Sektor waren wohl weit überschätzt worden. Vor allem aber wird die Investitionstätigkeit durch die aktuelle deutliche Gewinnkompression und die gedrückten Absatzerwartungen beeinträchtigt: Im Winterhalbjahr gingen die Gewinne nach Steuern auf Jahresbasis um 11 % zurück, nachdem sie zuvor noch mit der gleichen Rate gestiegen waren.

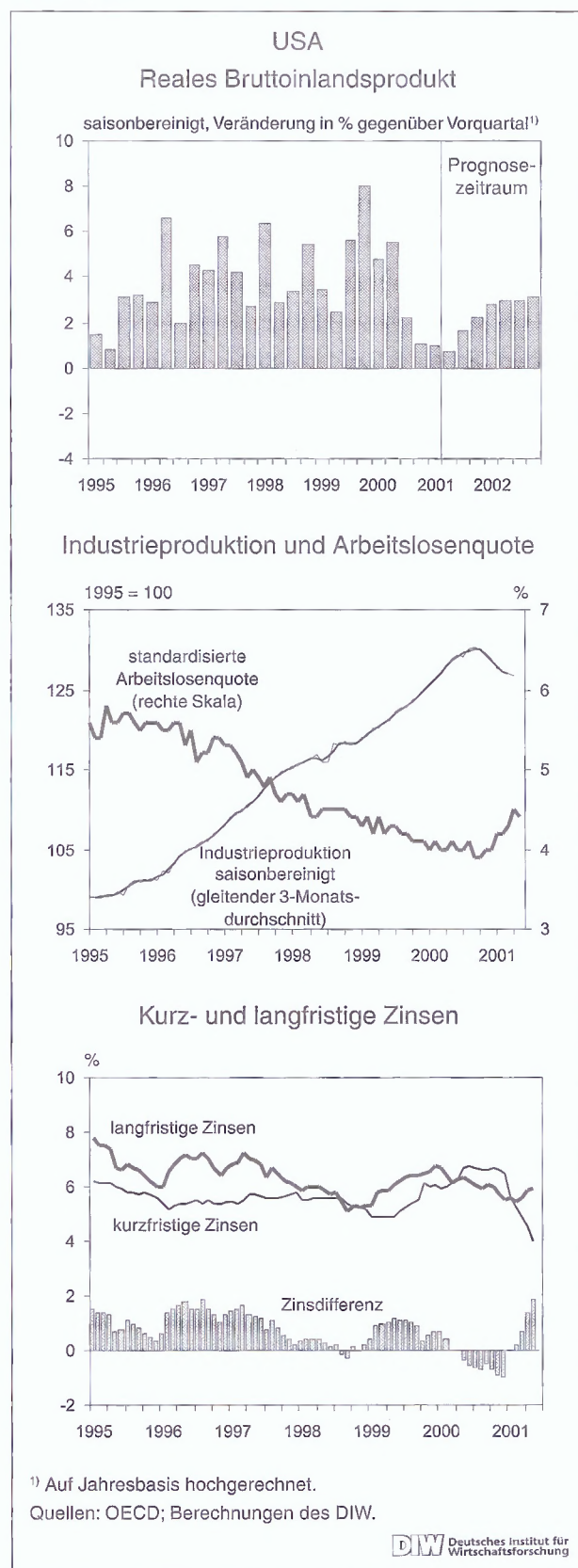
In dem Maße, wie sich die Abschwächung der Produktion nicht sofort in entsprechenden Entlassungen niederschlug, sank die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (Abbildung 1.3). Zuletzt ging die Produktivität sogar zurück.

Dies und ein Anstieg der Stundenlöhne führten zu einer deutlichen Steigerung der Lohnstückkosten. Die Nachfrageschwäche verhinderte jedoch, dass sich die gestiegenen Produktionskosten in eine entsprechende Zunahme des Preisauftriebs übertrugen. Im Winterhalbjahr erhöhte sich das Preisniveau trotz kräftig gestiegener Energiekosten um 2,9 % auf Jahresbasis. Allerdings haben sich die Preisauftriebskräfte in den vergangenen Monaten etwas verstärkt.

Der private Verbrauch stützt hingegen immer noch die Konjunktur. Dies geht freilich zulasten der Vermögensbildung: Zu Beginn des Jahres erreichte die Sparquote mit -1 % einen neuen „Negativrekord“. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil angesichts eines steigenden Arbeitsplatzrisikos ein Vorsorgesparsparen hätte erwartet werden können.

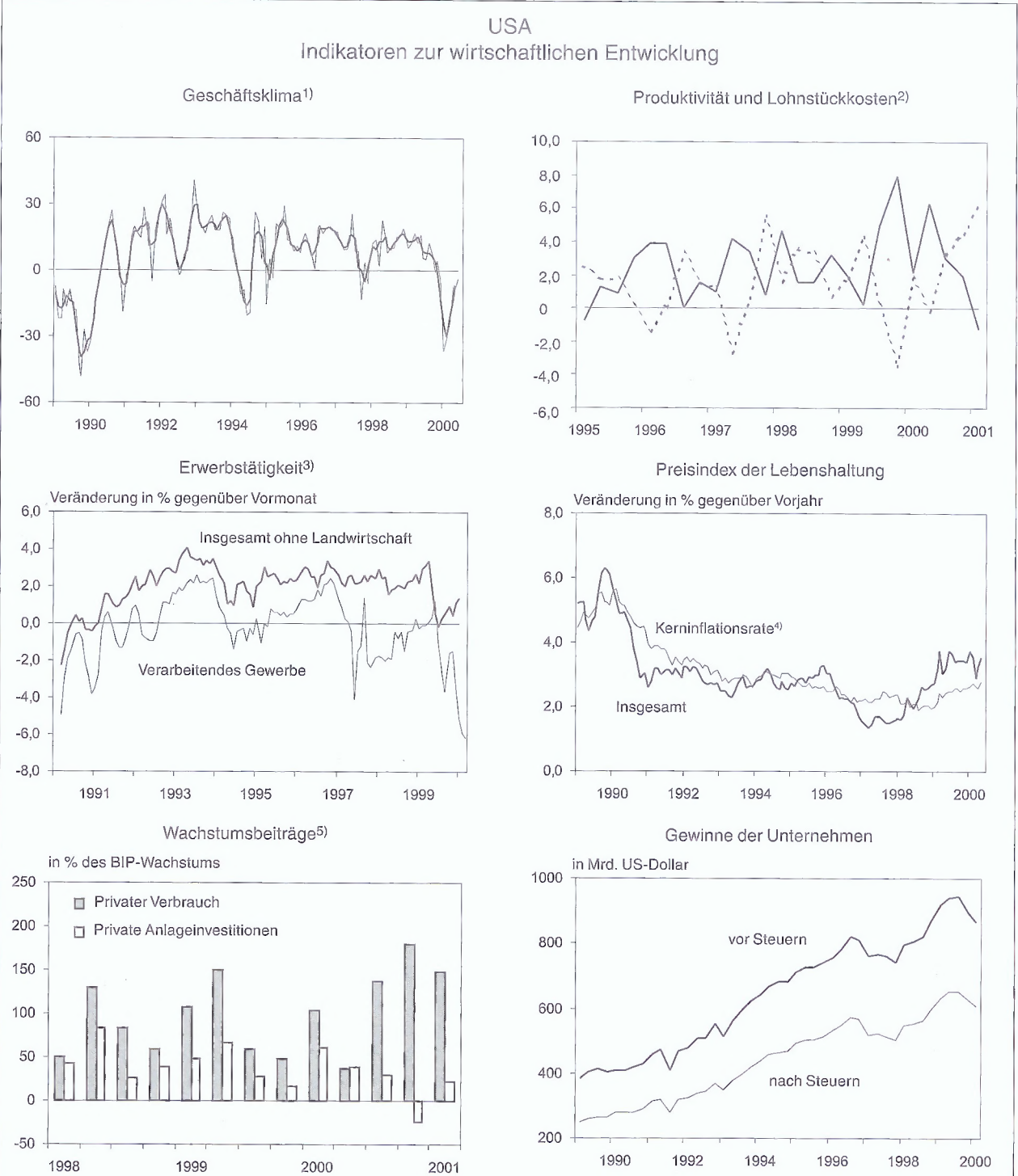
Neuere Untersuchungen² der US-amerikanischen Zentralbank legen den Schluss nahe, dass die lange Zeit sinkende und seit einigen Quartalen negative Sparquote vor allem durch Vermögenseffekte bei Haushalten mit höherem Einkommen und Aktienbesitz bestimmt wurde. Die kräftige Konsumexpansion wurde also durch den Abbau von Geldvermögen gestützt. Im Zuge der konjunkturellen Abkühlung lassen die Vermögenseffekte nach, was für sich

Abbildung 1.2



² Vgl. Dean M. Maki, Michael G. Palumbo: Disentangling the Wealth Effect: A Cohort Analysis of Household Saving in the 1990s. Federal Reserve Board, Finance and Economics Discussion Series 2001-23, April 2001, sowie Karen Dynan, Dean Maki: Does Stock Market Wealth Matter for Consumption? Federal Reserve Board, Finance and Economics Discussion Series 2001-23, April 2001.

Abbildung 1.3



¹⁾ Current Activity Diffusion Index, Business Outlook Survey, Federal Reserve Bank of Philadelphia, saisonbereinigt und gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ²⁾ Außerhalb der Landwirtschaft, Zuwachsrate gegenüber Vorquartal auf Jahresbasis hochgerechnet. — ³⁾ Erfassung nach dem Arbeitsplatzkonzept, saisonbereinigte und geglättete Werte, Zuwachsrate gegenüber Vormonat auf Jahresbasis hochgerechnet. — ⁴⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel. — ⁵⁾ Anteil der Wachstumsbeiträge der jeweiligen Aggregate am gesamten BIP-Wachstum.

Quellen: Bureau of Economic Analysis (Survey of Current Business); Bureau of Labor Statistics; US Federal Reserve System; Berechnungen des DIW.

genommen den privaten Verbrauch drückt und sich rechnerisch in einem Anstieg der Sparquote niederschlägt.

Trotzdem besteht insgesamt Anlass zur Hoffnung, dass sich die US-amerikanische Wirtschaft rasch von der konjunkturellen Eintrübung erholen wird. Vor allem hat die Wirtschaftspolitik entschlossen und kräftig gehandelt. Die US-amerikanische Notenbank senkte die Zinsen innerhalb eines halben Jahres um 2¾ Prozentpunkte. Allein daraus dürfte ein deutlich expansiver Effekt in Höhe von mindestens 1½ Prozentpunkten des realen Volkseinkommens noch in diesem Jahr ausgehen.³ Ohne die expansive Geldpolitik würde die amerikanische Wirtschaft wohl in eine Rezession gleiten. Zusätzliche Effekte gehen von der kürzlich beschlossenen Steuerreform aus, da die Senkung des Eingangssteuersatzes rückwirkend zum 1. Januar 2001 beschlossen wurde und schon im Sommer alle US-amerikanischen Steuerzahler einen Scheck über 300 US-Dollar (Ehepaare: 600 US-Dollar) erhalten.

Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2001 um 1,4 % und im nächsten Jahr um 2,2 % expandieren. Dabei gehen die entscheidenden Impulse von der Binnenwirtschaft aus, die auf die von der Wirtschaftspolitik gesetzten Signale reagieren und allmählich wieder Fahrt aufnehmen wird. Darauf deuten auch die jüngsten Frühindikatoren hin. Die außenwirtschaftliche Entwicklung wird im Prognosezeitraum — vor allem aufgrund des weltweiten Konjunktüreinbruchs —

ausgesprochen verhalten sein. Die Exporte werden in diesem Jahr nahezu stagnieren, im nächsten Jahr allerdings um gut 3 % zunehmen. Ausschlaggebend hierfür werden die weltweite Erholung und der etwas schwächer notierte US-Dollar sein. Die Entwicklung der Importe wird im Vergleich zu den Exporten etwas schwächer verlaufen. Die Verbraucherpreise werden im Durchschnitt dieses Jahres mit 3,3 % gegenüber dem Vorjahr zunehmen; im nächsten Jahr dürfte der Preisauftrieb mit 2,4 % aber deutlich niedriger ausfallen. Der Lohnauftrieb hat sich im ersten Quartal dieses Jahres stark beruhigt und wird wegen der steigenden Arbeitslosigkeit noch weiter nachlassen. Die Effekte der Ölverteuerung auf die Inflation werden im Prognosezeitraum abklingen.

Mittelosteuropa:

Trotz Abkühlung höhere Dynamik als in der EU

In den Volkswirtschaften Mittelosteuropas, die den Status eines Beitrittskandidaten zur Europäischen Union haben, hält die gesamtwirtschaftliche Abkühlung an (Tabelle 1.3). Dabei tritt zunehmend der Zielkonflikt zwischen

³ Vgl.: US-Wirtschaft im Abschwung — Wirtschaftspolitik steuert massiv gegen. Bearb.: Ulrich Fritsche. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/2001.

Tabelle 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Polen	41,9	4,1	2,2	3,0	10,1	7,0	5,0	14,0	15,5	16,0
Tschechien	14,6	2,9	3,2	3,0	3,9	4,8	4,8	9,0	8,7	8,5
Ungarn	12,6	5,3	4,5	5,0	9,8	10,8	9,0	6,0	5,8	5,5
Rumänien	11,1	1,6	3,0	3,0	45,6	35,0	30,0	7,0	7,5	8,0
Slowakei	5,4	2,2	3,0	3,0	12,0	12,0	11,0	18,8	18,0	17,5
Slowenien	5,2	4,5	4,3	4,3	8,9	7,0	6,0	7,0	6,5	6,0
Bulgarien	3,6	5,4	3,0	3,0	9,9	7,0	6,0	16,8	18,0	18,0
Mittleuropa ¹⁾	94,4	3,7	2,9	3,3	13,3	10,7	8,9	11,3	12,0	12,1
Estland	0,7	6,4	5,0	5,5	4,0	5,0	4,0	13,2	14,2	13,0
Lettland	1,7	6,6	5,0	5,0	2,6	1,5	1,5	14,0	13,5	13,0
Litauen	3,2	3,3	2,0	2,5	1,0	1,0	1,5	15,0	15,0	14,5
Baltische Länder	5,6	4,7	3,3	3,6	1,9	1,7	1,8	14,5	14,4	13,9
Insgesamt ¹⁾	100,0	3,8	3,0	3,4	12,7	10,2	8,5	11,5	12,1	12,2
nachrichtlich: Exportgewicht ²⁾	—	3,9	3,2	3,5	—	—	—	—	—	—

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichte: Bruttoinlandsprodukt von 1998 in US-Dollar. — ²⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1999.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW; 2001 und 2002: Prognose des DIW.

Disinflation und hohem Wirtschaftswachstum zutage. So führte beispielsweise in Polen die extreme Hochzinspolitik zwar zu einer deutlichen Abnahme der Inflation, jedoch ließ zugleich auch die Dynamik der privaten Nachfrage nach. In anderen Ländern wiederum, vor allem in Ungarn, geht die expansive Makropolitik mit relativ hohen Inflationsraten einher; allerdings sind auch in diesen Ländern Einmaleffekte der Energiepreissteigerung wirksam. Dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkt hier derzeit das außenwirtschaftliche Umfeld; insbesondere die teilweise beträchtlichen realen Aufwertungen der Währungen gegenüber dem Euro und die nachlassende Konjunktur in Westeuropa — vor allem in Deutschland — drücken die Entwicklung. Vor diesem Hintergrund stellen auch die nach wie vor in einigen Ländern hohen Leistungsbilanzdefizite durchaus eine Gefahr für die Währungsstabilität und damit für die künftige Entwicklung dar.

Angesichts der relativ stabilen Binnennachfrage wird das Bruttoinlandsprodukt in diesen Volkswirtschaften Mitteleuropas und des Baltikums in diesem Jahr um 3 % zulegen. Im kommenden Jahr wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik in der Region auch wegen der einsetzenden Erholung in Westeuropa wieder beschleunigen. In beiden Jahren liegt das Wachstum über dem in der EU; alle Länder werden positive Zuwachsraten ausweisen. Zugleich werden die Inflationsraten in einigen Ländern noch leicht steigen, ebenso die Arbeitslosigkeit.

Großbritannien:

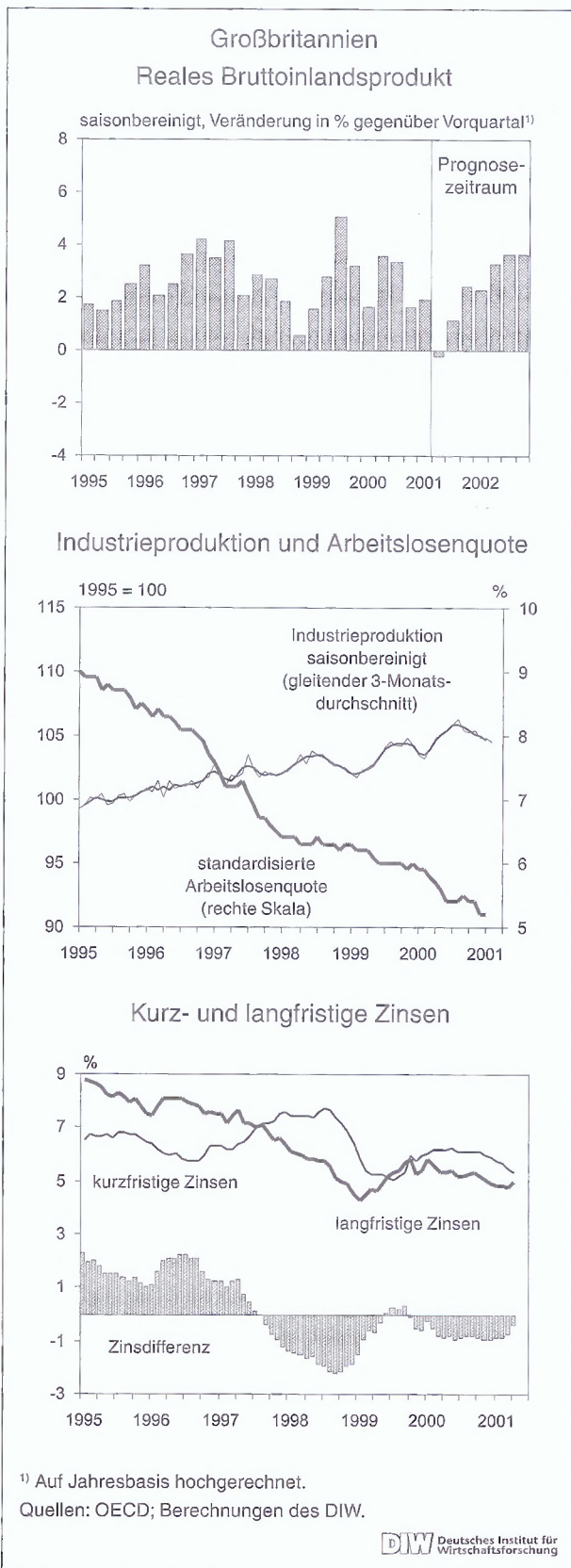
Abgeschwächte wirtschaftliche Expansion

Nach einer zuvor kräftigen wirtschaftlichen Expansion hat sich das Wachstum in Großbritannien seit Ende des vergangenen Jahres merklich abgeflacht (Abbildung 1.4). Im vierten Quartal des vergangenen Jahres gingen zunächst die Wachstumsraten für den privaten Verbrauch — wie in allen europäischen Ländern — teuerungsbedingt zurück. Zu Beginn dieses Jahres waren die Bruttoanlageinvestitionen rückläufig. Die Exporte stiegen nur noch verlangsamt, während die Importe beschleunigt zunahmen. Der Staatsverbrauch wurde dagegen spürbar ausgeweitet.

Trotz der Abschwächung stützt der private Verbrauch mit einer laufenden Wachstumsrate von rund 2½ % immer noch die Konjunktur. Dies ist auf die nach wie vor zunehmende Beschäftigung ebenso wie auf steigende Löhne zurückzuführen.

Die Abflachung der Exportexpansion beruhte zunächst auf den rückläufigen Lieferungen in die USA und in die Nicht-EU-Länder. Im zweiten Quartal dieses Jahres dürften auch die Exporte in die EU-Länder stärker beeinträchtigt worden sein. Wegen der engen Lieferverflechtungen mit den USA dürfte sich die konjunkturelle Erholung dort für Großbritannien besonders positiv auswirken.

Abbildung 1.4



Die konjunkturelle Erholung wird im weiteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr sowohl durch die Geld- als auch durch die Finanzpolitik gestützt. Die Leitzinsen wurden in den ersten Monaten dieses Jahres um insgesamt 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Die geringe Inflation hat diese Entscheidung sicher erleichtert. Der Einzelhandelspreisindex, an dem sich die Bank von England orientiert, lag Anfang des Jahres mit knapp 2 % deutlich unter dem Zielwert von 2,5 %, der Harmonisierte Verbraucherpreisindex gar nur bei rund 1 %. Im Prognosezeitraum werden die niedrigeren Zinsen sowohl die Investitionen der Unternehmen als auch die Kreditaufnahme der privaten Haushalte stimulieren.

Von der Finanzpolitik gehen in den Jahren 2001 und 2002 kräftige Impulse aus. Ausgabenprogramme insbesondere in den Bereichen Bildung und Gesundheitswesen, aber auch für den Ausbau der übrigen öffentlichen Infrastruktur mit einem Gesamtumfang von rund 1 % des Brut-

inlandsprodukts in diesem und rund ½ % im nächsten Jahr werden das Wirtschaftswachstum merklich anregen. Die Ausgaben für öffentliche Investitionen sollen sich nach den Planungen bis 2003 auf real rund 20 Mrd. Pfund erhöhen, was gegenüber dem Jahre 2000 eine Verdoppelung bedeutet. Dennoch dürfte der staatliche Finanzierungssaldo — in der Abgrenzung der Maastricht-Kriterien — auch in diesem Jahr noch leicht positiv bleiben, zumal die öffentlichen Einnahmen weiter kräftig steigen.

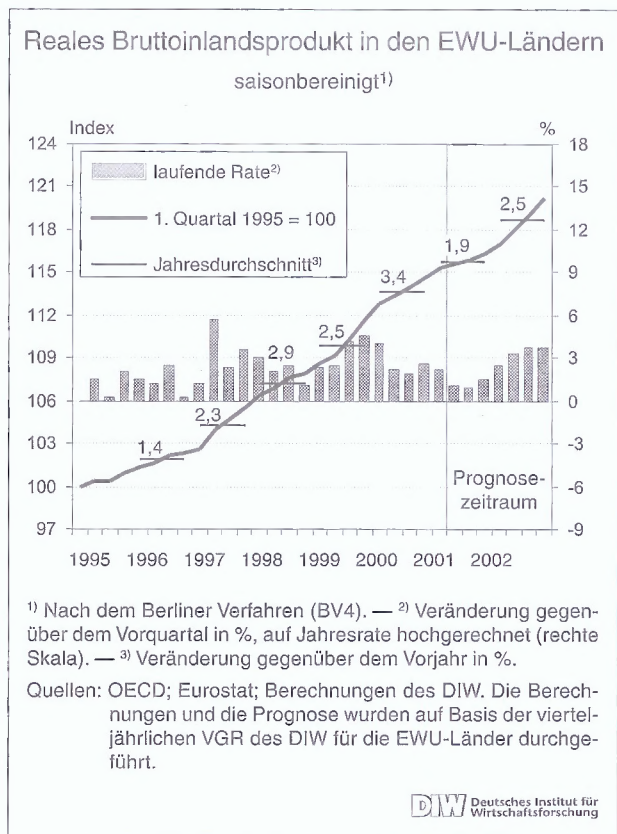
Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr um 1,7 % und im nächsten Jahr um etwa 2,5 % steigen. Während die finanz- und geldpolitischen Impulse im kommenden Jahr allmählich abklingen werden, wird die Nachfrage aus dem Ausland, insbesondere aus den USA, wieder kräftiger expandieren. Die Beschäftigungslage bleibt gut. Der Preisanstieg (HVPI) wird mit etwa 1½ % im nächsten Jahr etwas höher ausfallen als in diesem Jahr.

Europäische Währungsunion: Das schnelle Ende eines kräftigen Aufschwungs

Das Jahr 2000 war aus konjunktureller Sicht ein gutes Jahr für den Euroraum. Mit einem Wachstum von knapp 3½ % gelang es, die Arbeitslosigkeit deutlich zurückzuführen (Tabelle 2.1 und Abbildung 2.1). Bereits im vergangenen Jahr deuteten sich aber schon Gefahren für den Aufschwung an, so dass die Aussichten für dieses Jahr schon zu Jahresbeginn — auch vom DIW Berlin — erheblich skeptischer beurteilt wurden. Wie ernsthaft die Gefahren tatsächlich sind, ist allerdings erst im Laufe dieses Jahres deutlich geworden.

Die Belastungen sind als eine Kumulation von negativen Impulsen zu sehen. Die Nachwirkungen des Ölpreisschocks halten länger an als erwartet und dämpfen nach wie vor die Kaufkraft in allen ölimportierenden Ländern. Verwerfungen auf den internationalen Benzinmärkten, die aus Engpässen im Raffineriebereich resultieren, haben zu einem zeitweise drastischen Anstieg der Treibstoffpreise geführt. Der Euro wertete — anders als unterstellt — bisher nicht auf, sondern seit dem Jahresende 2000 sogar ab. Anstelle des erwarteten positiven Terms-of-Trade-Effekts ergab sich somit erneut ein negativer Wert. Vor allem aber haben die Veränderungen der relativen Preise im Gefolge der Tierseuchen den Preisauftrieb in der Eurozone merklich beschleunigt. Alle diese Effekte, die in der Mehrzahl nicht vorhersehbar waren, stellen insgesamt ein erhebliches Hemmnis für die Ausweitung des privaten Verbrauchs in diesem Jahr dar. Diese Effekte fallen umso mehr ins Gewicht, als die Konjunktur wegen der Straffung der Geldpolitik im vergangenen Jahr ohnehin nach unten gerichtet ist. Somit ist zu befürchten, dass es trotz der zum Teil massiven Steuererleichterungen in

Abbildung 2.1



manchen Ländern der Eurozone wohl nicht zu dem ursprünglich erwarteten Wechsel der konjunkturellen An-

Tabelle 2.1

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	1999	2000	2001	2002
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,4	1,9	2,5
Privater Verbrauch	3,0	2,7	1,7	2,2
Öffentlicher Verbrauch	1,5	1,9	1,3	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	5,3	4,7	1,5	3,0
Bauten	3,5	2,0	0,1	1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	6,9	7,3	2,6	4,1
Außenbeitrag ¹⁾	1,4	2,0	2,4	2,5
Verbraucherpreise ²⁾	1,1	2,4	3,0	1,9
Lohnstückkosten	1,5	1,2	2,1	1,5
	in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Leistungsbilanzsaldo	-0,1	-0,5	-0,6	-0,4
	in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ³⁾	9,9	9,1	8,4	8,2

¹⁾ In % des realen Bruttoinlandsprodukts. — ²⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. — ³⁾ Standardisiert.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW; 2001 und 2002: Schätzung und Prognose des DIW.

triebskräfte von der Außen- zur Binnennachfrage in diesem Jahr kommen wird.

Dies ist besonders fatal, weil damit die mit dem Abschwung in den USA und der Stagnation in Japan verbundenen weltwirtschaftlichen Belastungen in vollem Umfang auf den Euroraum durchschlagen und den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit verhindern. Dieser konjunkturelle Rückschlag trifft den Euroraum in einem Moment, in dem sich erstmals seit über einem Jahrzehnt ein kräftiger Aufschwung zu entfalten schien. Vielfach war erwartet worden, dass der Euroraum die USA als Konjunkturmotor ablöst. Diese Hoffnung wird sich nach der vorliegenden Prognose kaum erfüllen. Zwar dürfte die Wirtschaft im Euroraum in diesem Jahr etwas stärker wachsen als die in den USA. Doch schon im nächsten Jahr wird sich im Jahresdurchschnitt die gesamtwirtschaftliche Expansion in beiden Regionen kaum noch unterscheiden. Die kräftigere Erholung in den USA basiert vor allem auf den erheblich stärkeren Anregungen seitens der Wirtschaftspolitik.

Zu einer Rezession dürfte es im Euroraum nicht kommen. Die Finanzpolitik wirkt insgesamt anregend. Gegen Ende dieses Jahres und vor allem von Mitte des kommenden Jahres an dürfte sich das konjunkturelle Klima wieder aufhellen. Zum einen wird sich mit der Überwindung der Schwäche in den USA die weltwirtschaftliche Konjunktur wieder beleben. Zum anderen dürfte auch die Geldpolitik mit einer Lockerung ihres Kurses noch in diesem Sommer zu einer wieder kräftigeren Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im nächsten Jahr beitragen.

Allerdings muss auch auf die Risiken der Prognose hingewiesen werden. Ändert die Geldpolitik nicht rechtzeitig ihren Kurs, nimmt die Finanzpolitik in den großen Ländern der EWU nicht die konjunkturbedingt höheren Haushaltsdefizite hin oder kommt es zu so genannten Nachschlagsrunden bei der Lohnentwicklung, dann wäre eine Rezession im Euroraum nicht auszuschließen.

Aber selbst dann, wenn Geld-, Finanz- und Lohnpolitik in der hier unterstellten Weise agieren, bleibt das Wirtschaftswachstum eher verhalten. Der Euroraum ist nicht mehr auf dem Weg zur Vollbeschäftigung, und das Jahr 2001 ist in dieser Hinsicht ein verlorenes Jahr.

Deutliche Erholung erst im kommenden Jahr

Im Euroraum war die wirtschaftliche Expansion im ersten Quartal 2001 mit einer laufenden Jahresrate von gut 2 % deutlich schwächer als zuvor. Nach der Abschwächung der Binnennachfrage infolge des Kaufkraftverlustes bei den privaten Haushalten sowie verschlechterter Finanzierungsbedingungen für Investitionen gehen von der Außenwirtschaft mehr und mehr dämpfende Impulse aus.

Die Exporte von Waren und Dienstleistungen stiegen infolge der weltweiten konjunkturellen Abkühlung in den

ersten Monaten dieses Jahres nur noch wenig. Die schwache Binnenkonjunktur, die Verlangsamung der Exportdynamik sowie Importpreiserhöhungen infolge der erneuten Abwertung des Euro seit Jahresbeginn haben die Importe in den ersten Monaten dieses Jahres sogar sinken lassen. Folglich hat der Außenbeitrag im ersten Quartal 2001 noch einmal kräftig zugenommen. In dem vorübergehend höheren Wachstumsbeitrag der Nettoexporte spiegelt sich jedoch lediglich die konjunkturelle Abschwächung wider.

Wegen der kräftigen Preisschübe in den vergangenen Monaten haben sich die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte trotz der Steuerentlastungen in mehreren EWU-Ländern kaum erhöht. Die Belebung des privaten Konsums blieb daher bislang aus. In Italien gingen nach Berechnungen des DIW die Konsumausgaben trotz spürbarer finanzpolitischer Impulse sogar etwas zurück.

Die lahmende Konjunktur und die ungünstigen Aussichten für die weitere Entwicklung in diesem Jahr haben auch die Bruttoanlageinvestitionen deutlich gebremst; im ersten Quartal nahmen sie nicht mehr zu. Die Bauinvestitionen waren abermals rückläufig, wobei sich neben der desolaten Lage der deutschen Bauwirtschaft zunehmend auch Abschwächungstendenzen in anderen europäischen Ländern bemerkbar machten. Die Ausrüstungsinvestitionen, die infolge der geldpolitischen Straffung bereits seit Beginn des letzten Jahres kontinuierlich an Dynamik verloren hatten, expandierten zuletzt nur noch mit einer laufenden Jahresrate von 1,6 %.

Die anhaltende Euroschwäche sowie die Folgeeffekte der Ölpreiserhöhungen und der Tierseuchen ließen die Konsumentenpreise bis zuletzt kräftig steigen. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im Euroraum im Mai 2001 um 3,4 % über dem Vorjahrsniveau. Da die Beschleunigung des Preisauftriebs auf temporäre Sondereffekte zurückzuführen ist, dürfte damit der Höhepunkt erreicht sein.

Trotz des drastischen Preisanstiegs blieb die Lohnentwicklung insgesamt bisher moderat. Die mit der schwachen Konjunktur einhergehende Verlangsamung des Produktivitätsfortschritts führte allerdings seit Ende vergangenen Jahres zu einer kräftigen Erhöhung der Lohnstückkosten. Im ersten Quartal überstiegen sie das Vorjahrsniveau um gut 2½ %.

Frühindikatoren für den Euroraum, insbesondere der Euro-Wachstumsindikator von acht führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten,⁴ zeigen eine weitere Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion an. Die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts dürfte nur noch 1,9 % im Jahresdurchschnitt erreichen. Erst

⁴ Vgl. <http://www.euro-frame.org>

mit der weltwirtschaftlichen Erholung und den Wirkungen einer expansiveren Geldpolitik wird es zu einer allmählichen Belebung kommen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im kommenden Jahr um 2,5 % zunehmen.

Auch die Investitionstätigkeit wird wieder kräftiger sein. Während sich die Bauinvestitionen aufgrund hoher Leerstände nur langsam erholen, werden die Ausrüstungsinvestitionen zunehmend stärker ausgeweitet. Insgesamt dürften sich die Bruttoanlageinvestitionen um 1,5 % in diesem und um 3,0 % im kommenden Jahr erhöhen.

Der Beschäftigungsaufbau wird in diesem wie im nächsten Jahr nur gering ausfallen. Die Arbeitslosenquote wird wohl nur noch wenig sinken — im Durchschnitt des kommenden Jahres auf rund 8 %. Damit gehen von der Entwicklung am Arbeitsmarkt nur geringe Impulse auf die Einkommen aus. Bei nur etwas beschleunigten Lohnzuwächsen dürften die privaten Konsumausgaben real um 1,7 % in diesem Jahr und um 2,2 % im nächsten Jahr zunehmen.

Da sich der Ölpreis inzwischen stabilisiert hat und die preistreibenden Effekte der Tierseuchen nachlassen, wird sich der Preisauftrieb in den kommenden Monaten merklich verlangsamen. Zwar dürfte die Teuerungsrate im Durchschnitt dieses Jahres noch 3,0 % betragen, im kommenden Jahr dann aber auf 1,9 % fallen.

Finanzpolitik wirkt rezessiven Tendenzen entgegen

Nach mehreren Jahren rascher Konsolidierung betrug das aggregierte Finanzierungsdefizit des Euroraums im vergangenen Jahr 0,7 % des nominalen Bruttoinlandspro-

dukts (Tabelle 2.2). Die Ziele der im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorgelegten Stabilitätsprogramme wurden dabei zumeist deutlich übertroffen.⁵ Insgesamt wurde dies weniger durch eine Erhöhung der Einnahmen als durch eine Reduzierung der Ausgaben erreicht. Erst im Gefolge des kräftigeren Aufschwungs nahmen auch die Einnahmen trotz verschiedentlicher Reduzierungen der Steuerlast beschleunigt zu.

Mit dem Abbrechen der konjunkturellen Aufwärtsbewegung kam diese Entwicklung allerdings zum Stillstand. Bei nur noch geringem Wirtschaftswachstum in diesem Jahr nehmen die Einnahmen verlangsamt zu, während die arbeitsmarktabhängigen Ausgaben sich kaum noch vermindern oder sogar wieder steigen. In mehreren Ländern kam es auch zu zusätzlichen Ausgaben bei der Bekämpfung der Tierseuchen BSE und MKS. In mehreren Ländern schlugen Steuerentlastungen in einer Größenordnung von rund ¼ % des Bruttoinlandsprodukts zu Buche. Zum ersten Mal seit Jahren wird sich das aggregierte Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte im Euroraum wieder vergrößern, und zwar auf 1,3 % des nominalen BIP. Im nächsten Jahr wird es sich im Zuge der wirtschaftlichen Erholung wieder — auf knapp 1,0 % — verringern. Damit werden die Vorgaben der Stabilitätsprogramme nicht eingehalten. Auch geht der Schuldenstand in fast allen Ländern weniger rasch zurück als geplant.

⁵ Vgl.: Stabilitätsprogramme konjunkturgerecht? — Zum Stand der finanzpolitischen Konsolidierung in der Europäischen Union. Bearb.: Joachim Volz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26/2001.

Tabelle 2.2
Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in den EWU-Ländern

	Bruttoschulden ¹⁾					Finanzierungssaldo ¹⁾				
	1998	1999	2000	2001	2002	1998	1999	2000	2001	2002
Deutschland	60,7	61,1	59,2	59,9	59,3	-2,1	-1,4	-1,0	-2,1	-1,6
Frankreich	59,7	58,7	58,0	57,3	56,3	-2,7	-1,6	-1,4	-1,9	-1,7
Italien	116,2	114,5	110,3	107,7	105,2	-2,8	-1,8	-1,5	-2,1	-1,4
Spanien	64,7	63,4	60,7	58,2	56,0	-2,6	-1,2	-0,4	-0,1	0,0
Niederlande	66,8	63,2	56,2	53,2	50,3	-0,7	1,0	1,3	0,2	0,4
Belgien	119,8	116,4	110,8	105,1	99,8	-0,9	-0,7	0,0	0,1	0,3
Österreich	63,9	64,7	62,9	61,8	60,0	-2,3	-2,1	-1,5	-1,1	-0,6
Finnland	48,8	46,9	44,0	41,9	40,0	1,3	1,8	6,7	5,2	5,1
Griechenland	105,5	104,6	103,9	101,1	99,5	-3,2	-1,8	-0,9	-0,2	0,0
Portugal	55,3	55,0	54,1	53,0	52,8	-2,2	-2,0	-1,7	-1,8	-1,6
Irland	55,0	50,1	38,9	33,1	26,4	2,1	2,1	4,5	4,0	4,0
Luxemburg	6,4	6,0	5,3	5,0	5,0	3,2	4,7	5,3	4,0	3,0
Euroraum ²⁾	73,7	72,7	70,0	68,7	67,1	-2,1	-1,2	-0,7	-1,3	-0,9

¹⁾ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sondereinnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen. — ²⁾ Summe der Länder, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in Euro.
Quellen: Eurostat; 2001 und 2002: Prognose des DIW.

Lohnentwicklung

Im Zuge der Erhöhung der Ölpreise war zu befürchten, dass die Arbeitnehmer versuchen würden, zumindest einen Teil des Kaufkraftverlustes durch höhere Löhne auszugleichen. Eine Preis-Lohn-Spirale ist aber in der EWU im vergangenen Jahr nicht entstanden. In diesem Jahr dürften die Lohnzuwächse nur wenig stärker ausfallen. Damit ist die moderate Entwicklung der letzten Jahre bestätigt worden.

In Deutschland gibt es keine Kursänderung, da die wichtigen Lohnrunden erst Anfang des nächsten Jahres stattfinden. In Frankreich fallen die Lohnzuwächse vor allem deshalb maßvoll aus, weil Beschäftigte und Unternehmen im Zuge der Arbeitszeitverkürzungen langfristige Verträge über moderate Lohnzuwächse abgeschlossen haben. Insofern entsteht hier auch kein allgemeiner Lohndruck, obwohl der Mindestlohn im Juli kräftig erhöht wurde (4 %). Allerdings könnte es in Italien, wo es in diesem Jahr zu Lohnabschlüssen für gut ein Drittel der Beschäftigten kommt, aufgrund der unerwartet hohen Inflationsrate kräftigere Lohnzuwächse geben als im Jahre 2000. In Spanien sprechen die Indexierungsklauseln für eine spürbare Erhöhung der Arbeitskosten. Hier besteht daher tatsächlich die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale. Auch im Jahre 2002 dürfte sich die insgesamt gemäßigte Lohnentwicklung fortsetzen. Die Lohnstückkosten werden — nach einem Anstieg von 2,1 % in diesem Jahr — um 1,5 % höher sein.

Leichte geldpolitische Lockerung erwartet

Anders als die US-amerikanische Federal Reserve hat die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen trotz der globalen Wachstumsabschwächung bisher nur sehr zaghaft gesenkt. Die monetäre Lage im Euroraum wirkt gegenwärtig kaum anregend auf die verhaltene Binnenkonjunktur (Abbildung 2.2).

Die EZB hat den entscheidenden Leitzins Mitte Mai um einen viertel Prozentpunkt auf 4½ % gesenkt, nachdem sie ihn zuletzt im Oktober vergangenen Jahres in gleicher Höhe angehoben hatte — als letzten Schritt einer Zinssteigerungsrunde um insgesamt 2¼ Prozentpunkte.⁶ Auch die Dreimonatszinsen im Euroraum sind gesunken und mit derzeit 4,5 % um gut einen halben Prozentpunkt niedriger als im Dezember des vergangenen Jahres. Dagegen ist die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum mit 5,2 % etwas höher als im Dezember. Damit hat sich die Spanne zwischen kurz- und langfristigen Zinsen von nahezu null zu Beginn des Jahres auf rund einen dreiviertel Prozentpunkt erhöht, ist jedoch weiterhin relativ niedrig, worin sich Erwartungen noch etwas sinkender kurzfristiger Zinsen niederschlagen dürften.

Der Euro hat in den vergangenen Monaten erneut an Wert verloren, nachdem er sich Anfang des Jahres deut-

lich erholt hatte. Gegenüber dem US-Dollar wertete der Euro seit Januar um 9 % ab; der handelsgewichtete nominale Außenwert ist um 5 % gesunken.⁷ Dadurch sind die Exporte des Euroraums preislich etwas wettbewerbsfähiger geworden, während sich die Importe verteuert haben, so dass die Nachfrage nach inländischen Produkten leicht angeregt wird.

Die Einschätzung, dass die monetären Rahmenbedingungen insgesamt kaum anregend wirken, wird durch die Geldmengenentwicklung gestützt. Der Zuwachs der Geldmenge M3 lag im Durchschnitt der vergangenen drei Monate bei 4,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, nach 4,5 % im ersten Quartal des Jahres.⁸ Berücksichtigt man, dass der Referenzwert der EZB für das Geldmengenwachstum mit 4,5 % als niedrig einzustufen ist,⁹ ist die gegenwärtige Geldmengenentwicklung keineswegs als zu stark anzusehen. Dies gilt insbesondere, weil in den genannten Zuwachsraten nach Verlautbarungen der EZB noch eine systematische Überzeichnung der nachfragewirksamen Liquidität enthalten ist und ein Liquiditätsüberhang aus der vergangenen Entwicklung nicht zu bestehen scheint.¹⁰

Der starke Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in den vergangenen Monaten steht dieser Einschätzung nicht entgegen. Wie bereits im vergangenen Jahr schlagen hier verschiedene nur temporär wirkende Faktoren durch, die lediglich einen Preisniveauschub, nicht aber einen Anstieg der Inflationsdynamik bewirkten. Bei moderater Lohnentwicklung und konjunkturell bedingt engen Preiserhöhungsspielräumen der Unternehmen wird die Preissteigerungsrate im nächsten Jahr bei 1,9 % liegen, nach 3 % in diesem Jahr.

Angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung im Euroraum und des nachlassenden Preisauftriebs ist zu erwarten, dass die EZB die Leitzinsen noch in diesem Sommer um einen halben Prozentpunkt senkt. Die Kapitalmarktzinsen werden annähernd stabil bleiben. Im kommenden Jahr dürfte sich der Außenwert des Euro im Zuge der konjunkturellen Besserung festigen, so dass die von ihm ausgehende anregende Wirkung nachlässt.

⁶ Der entscheidende Leitzins ist der Zins, der den Hauptrefinanzierungsgeschäften zugrunde liegt. Seit die EZB im Juni 2000 vom Mengentendervverfahren zum Zinstendervverfahren übergegangen ist, heißt er Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte; zuvor hieß er Hauptrefinanzierungssatz.

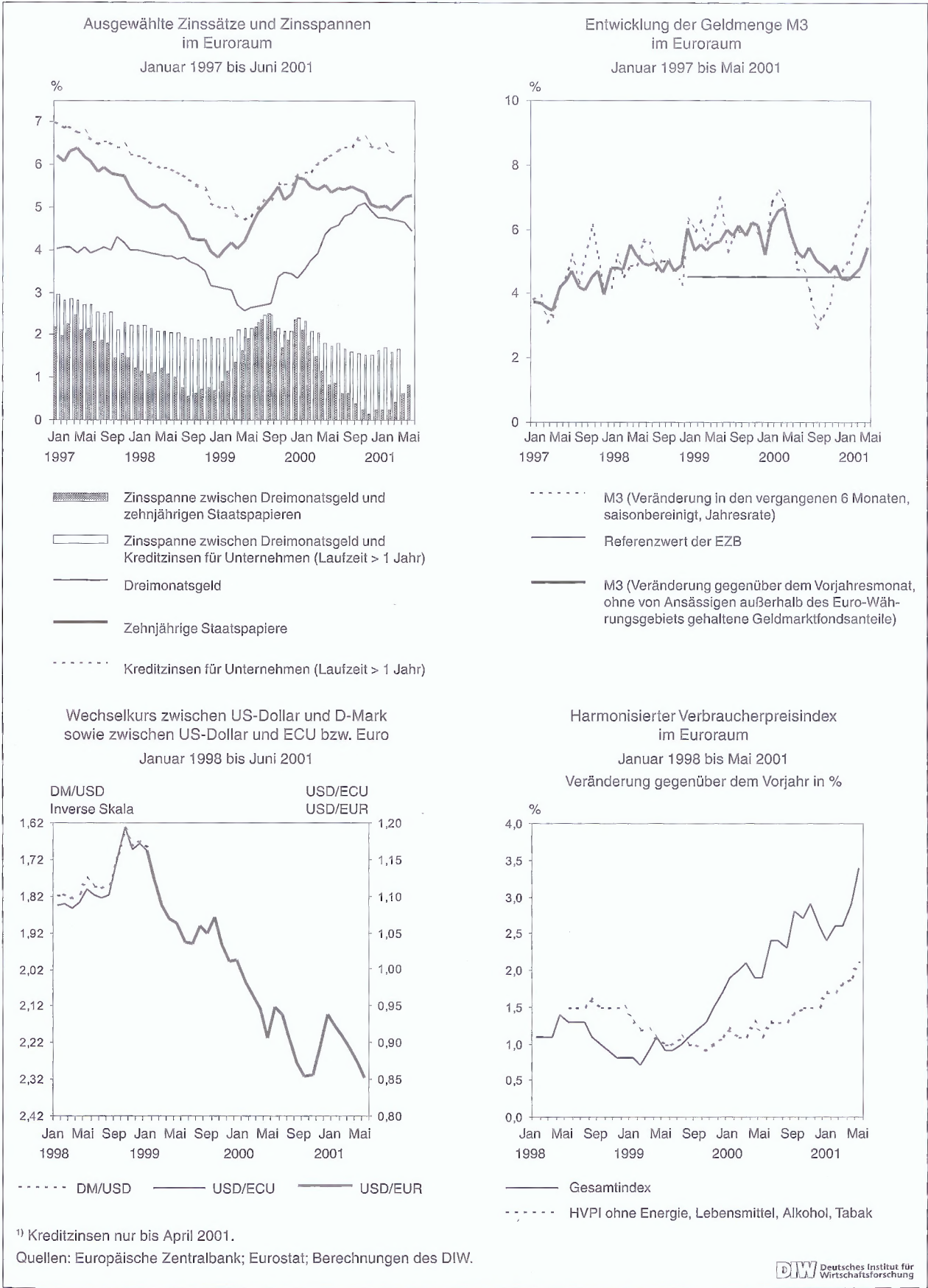
⁷ Gewogener nominaler Wechselkurs gegenüber den Währungen von 12 Partnerländern, berechnet nach Angaben in den Monatsberichten der EZB.

⁸ Die Zuwachsraten beziehen sich auf die von der EZB um Geldmarktfonds im Besitz von Euro-Ausländern bereinigte M3-Reihe.

⁹ Sowohl die Institute als auch der Sachverständigenrat beiseitensweise halten einen Referenzwert von 5 % für angemessen. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1999, S. 243; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/2000, S. 729.

¹⁰ Vgl. Abschnitt Geldpolitik in diesem Bericht.

Abbildung 2.2



Deutschland: Starker konjunktureller Rückschlag

Auch die deutsche Wirtschaft konnte sich den weltwirtschaftlichen Belastungen nicht entziehen. Der Abschwung in den USA, der Ölpreisschock, die Folgen der Tierseuchen und die restriktiv wirkende Geldpolitik führten auch hier zu einem deutlichen konjunkturellen Rückschlag. Wie für den Euroraum insgesamt war das Ausmaß des Preisschubs auch für Deutschland vom DIW Berlin nicht vorausgesehen worden.

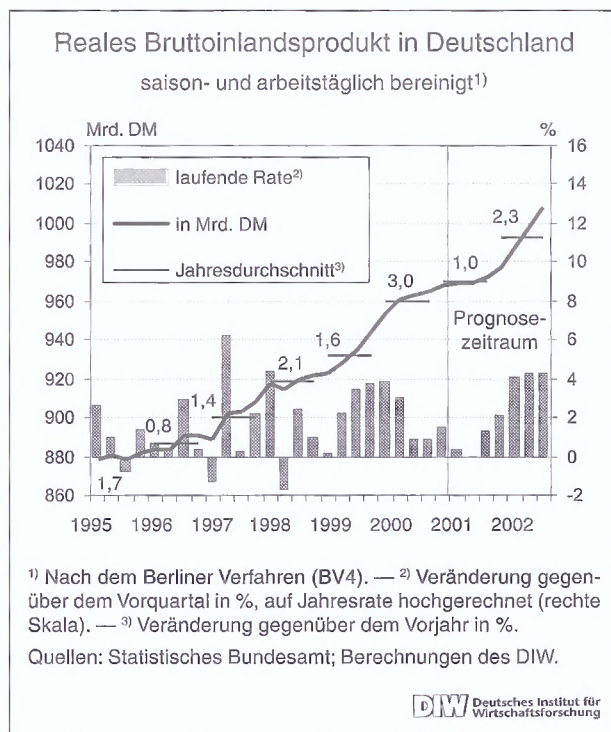
Deutschland ist von fast allen Effekten besonders betroffen. Denn die Exportquote ist höher als in den übrigen großen Euroländern.¹¹ Damit ist Deutschland im Guten wie im Schlechten besonders anfällig für Schwankungen der Weltwirtschaft. Abschwächungen schlagen sich stärker auf die Produktion in Deutschland nieder als in den übrigen großen Euroländern; genauso profitiert die deutsche Wirtschaft stärker von den weltwirtschaftlichen Aufschwüngen.

Besonders ausgeprägt waren in Deutschland aber auch die Preisreaktionen infolge der Tierseuchen, die maßgeblich zur verstärkten Teuerung, insbesondere bei Nahrungsmitteln, beigetragen haben. Vor allem der private Verbrauch wurde dadurch so in Mitleidenschaft gezogen, dass die auch vom DIW Berlin erwartete starke Verbrauchskonjunktur in diesem Jahr nicht eingetreten ist. Die Erwartungen gründeten sich vor allem auf die steuerlichen Entlastungen zu Jahresbeginn. Im ersten Quartal kam es zwar auch zu einer deutlichen Erhöhung der nominalen verfügbaren Einkommen. Dies hat jedoch noch wenig auf den realen Konsum durchgeschlagen. Zum einen wurde ein Teil der zusätzlichen Einkommen vorübergehend gespart. Erfahrungen mit vergangenen Steuerreformen zeigen, dass die Verbraucher etwa ein Quartal benötigen, um den Einkommensanstieg als permanent zu empfinden und das Ausgabenverhalten entsprechend anzupassen.¹²

Zum anderen verminderte der Preisschub die Kaufkraft. Mitunter wird behauptet, dass die positiven Wirkungen der Steuerreform dann stärker zum Tragen kämen, wenn sich das Preisklima wieder beruhigt hat. Dies wäre aber nur dann der Fall, wenn die Preise sinken würden. Damit ist jedoch nicht zu rechnen. Selbst wenn der Preisanstieg zum Stillstand käme, würden sich die Realeinkommen nicht wieder erhöhen. Mit verzögerten Impulsen aus der diesjährigen Stufe der Steuerreform ist also in nennenswertem Umfang nicht zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund kann nicht mehr von einer starken Verbrauchskonjunktur in diesem Jahr ausgegangen werden, zumal weder die Löhne noch die Beschäftigung merklich steigen. Zusammen mit den außenwirtschaftlich bedingten und den geldpolitisch erzeugten negativen Impulsen geht Deutschland in diesem Jahr einer stagnati-

Abbildung 3.1



ven Phase entgegen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der dramatische Einbruch in der Bauwirtschaft, vor allem in Ostdeutschland, nach wie vor schwerer Ballast für die konjunkturelle Entwicklung ist. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem Jahr nur noch um 1 % steigen (Abbildungen 3.1 bis 3.3).

Erst für das kommende Jahr ist mit einer spürbaren Erholung der Konjunktur in Deutschland zu rechnen. Sie dürfte wieder von den außenwirtschaftlichen Impulsen getragen werden. Ausgangspunkt ist dabei die rasche Überwindung der Schwäche in den USA. Die Erholung dürfte sogar stärker ausfallen als in den meisten anderen europäischen Ländern, da die außenwirtschaftliche Orientierung Deutschlands stärker ausgeprägt ist. Zudem ist die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure dank des niedrig bewerteten Euro und der maßvollen Lohnzuwächse ausgesprochen hoch.

¹¹ Die Exportquote Deutschlands betrug 2000 gut 33 %. Die entsprechenden Werte für Frankreich und Italien waren 29 % bzw. 30 %.

¹² Vgl. Wolfgang Scheremet: Automatische Stabilisatoren, fiskalpolitische Schocks und Konjunktur — Eine empirische Analyse für Deutschland und die USA. Dissertation 2001.

Annahmen für die Prognose

- Die Weltmarktpreise für Rohöl werden im Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002 bei etwa 27 US-Dollar liegen.
- Der reale Außenwert des Euro wird etwas steigen.
- Die Europäische Zentralbank wird die Leitzinsen in diesem Jahr um 0,5 Prozentpunkte senken.
- Die Tariflöhne steigen in diesem Jahr um 2,2 %, im nächsten Jahr um 2,7 %.
- Es kommt nicht zu einer zusätzlichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Zur Belebung im nächsten Jahr dürfte beitragen, dass — wie in den Annahmen für die Prognose unterstellt — die Geldpolitik ihren Kurs rasch etwas lockern wird. Das Bruttoinlandsprodukt wird so 2002 um 2,3 % zunehmen. Gleichwohl gilt gerade für Deutschland: Wieder einmal kommt ein Aufschwung frühzeitig zum Stillstand, noch bevor eine nachhaltige Reduzierung der Arbeitslosigkeit gelungen ist. Und nach wie vor bleibt die schwache Binnen- nachfrage die Achillesferse der Konjunktur.

Preisschub dämpft privaten Konsum

Die Nettolöhne und -gehälter stiegen im ersten Halbjahr 2001 um 3,7 % gegenüber dem Vorjahr und expandierten damit — nicht zuletzt durch die Steuerreform bedingt — um einen Prozentpunkt stärker als die entsprechende Bruttogröße. Die Zunahme bei den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte war mit 3,4 % nur wenig schwächer. Eine höhere Sparneigung, die Verteuerung bei Heizöl und Kraftstoffen — verstärkt durch die Abwertung des Euro —, dazu die Anhebung der Kfz-Steuer, der Ökosteuer sowie der Rundfunk- und Fernsehgebühren und schließlich die preistreibenden Einflüsse der Tierseuchen führten zusammengefasst zu einer fühlbaren Dämpfung der realen Einkommen und damit des realen Konsums. Die Zunahme war in der ersten Hälfte dieses Jahres mit 0,7 % nur halb so groß wie noch im Frühjahr erwartet.

Vor wenigen Monaten noch wurde mit einem raschen Abklingen der Teuerung auf der Verbraucherstufe gerechnet. Doch das Gegenteil war der Fall: Die Teuerungsrate bei der Lebenshaltung stieg im Vergleich zum Vorjahr weiter und war im Mai mit 3,5 % so hoch wie seit Ende 1993 nicht mehr.

Die Wirkung dieser temporären Einflussfaktoren klingt nun jedoch allmählich ab. Die nachgebenden Energiepreise ließen den allgemeinen Preisanstieg zuletzt auf 3,1 % sinken. Im Jahresdurchschnitt 2001 dürfte der Preisindex für die Lebenshaltung den Vorjahresstand um höchstens 2,7 % übertreffen.

Im laufenden Jahr sind für die verfügbaren Einkommen keine Impulse zu erwarten. Die Anpassung der Renten zum Juli um 2 % verschafft den Rentnern keine Zunahme

ihrer realen Einkommen. Weitere Schmälerungen der verfügbaren Einkommen ergeben sich daraus, dass einige Krankenversicherungsträger aufgrund der Ausgabenentwicklung ihre Beitragssätze zur Mitte des Jahres angehoben haben.¹³

Vor diesem Hintergrund ist für das laufende Jahr nur mit einer realen Ausweitung des privaten Konsums um 1 % zu rechnen. Die Aussichten für das kommende Jahr sind aber wieder günstiger. Die Einkommensperspektiven — z. B. höhere Tarifabschlüsse als in diesem Jahr und die Anhebung des Kindergeldes — sprechen für eine Belebung der Konsumnachfrage. Zudem wird auch die Beschäftigung im Verlauf wieder etwas stärker steigen. Der Preisanstieg bei der Lebenshaltung dürfte sich weiter abflachen und im Jahresdurchschnitt bei 1,5 % liegen. All dies lässt erwarten, dass der private Konsum im Jahre 2002 um real 2,1 % und damit doppelt so rasch wie im laufenden Jahr expandieren wird.

Investitionskonjunktur schwach

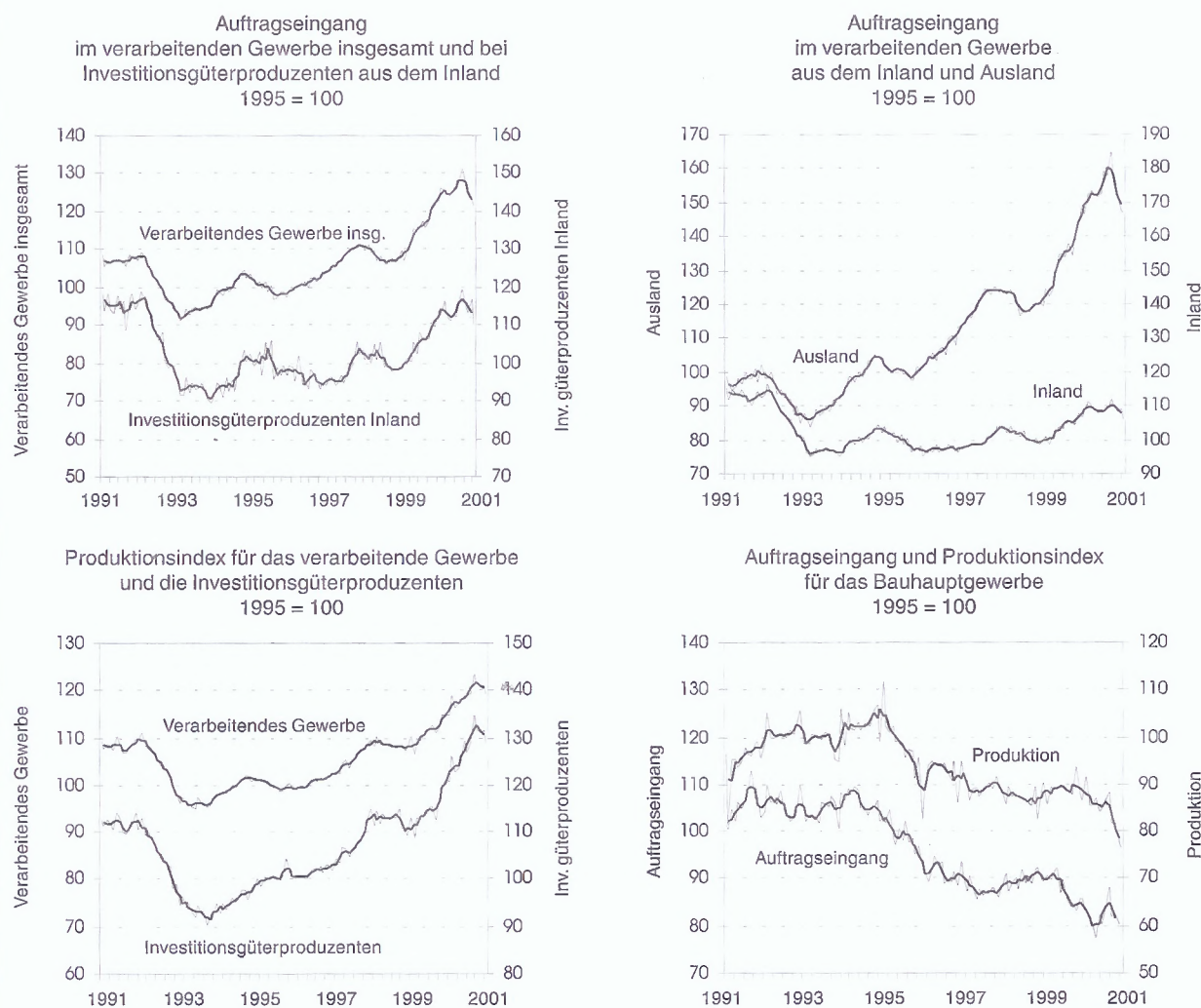
Die Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen ließ, nach der überaus hohen Expansion im vergangenen Jahr, zu Jahresbeginn 2001 stark nach. In saison- und arbeits- täglich bereinigter Betrachtung kam es zu einem Rückgang um knapp 1 % in laufender Jahresrate. Dabei dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass durch die Änderung der Abschreibungsmodalitäten Investitionsausgaben noch in das Jahr 2000 vorgezogen worden waren. Die weltwirtschaftliche Nachfrage und die schwache Konsumnachfrage dämpften die Investitionsneigung und ließen keine Ausweitung des Kapitalstocks notwendig erscheinen. Die Kapazitätsauslastung sinkt bereits seit Herbst letzten Jahres.

Eine wichtige Rolle für die Investitionsentscheidungen spielen die sich eintrübenden Absatzerwartungen, wie sie im ifo-Konjunkturtest zum Ausdruck kommen. Der Volumenindex der Auftragseingänge aus dem Inland im verarbeitenden Gewerbe weist seit Januar 2001 eine abwärts gerichtete Tendenz aus.

¹³ Weitere Kassen haben angekündigt, dass sie diesem Schritt im nächsten Jahr folgen werden.

Abbildung 3.2

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland



Volumenindizes; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4), gleitender Dreimonatsdurchschnitt.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung

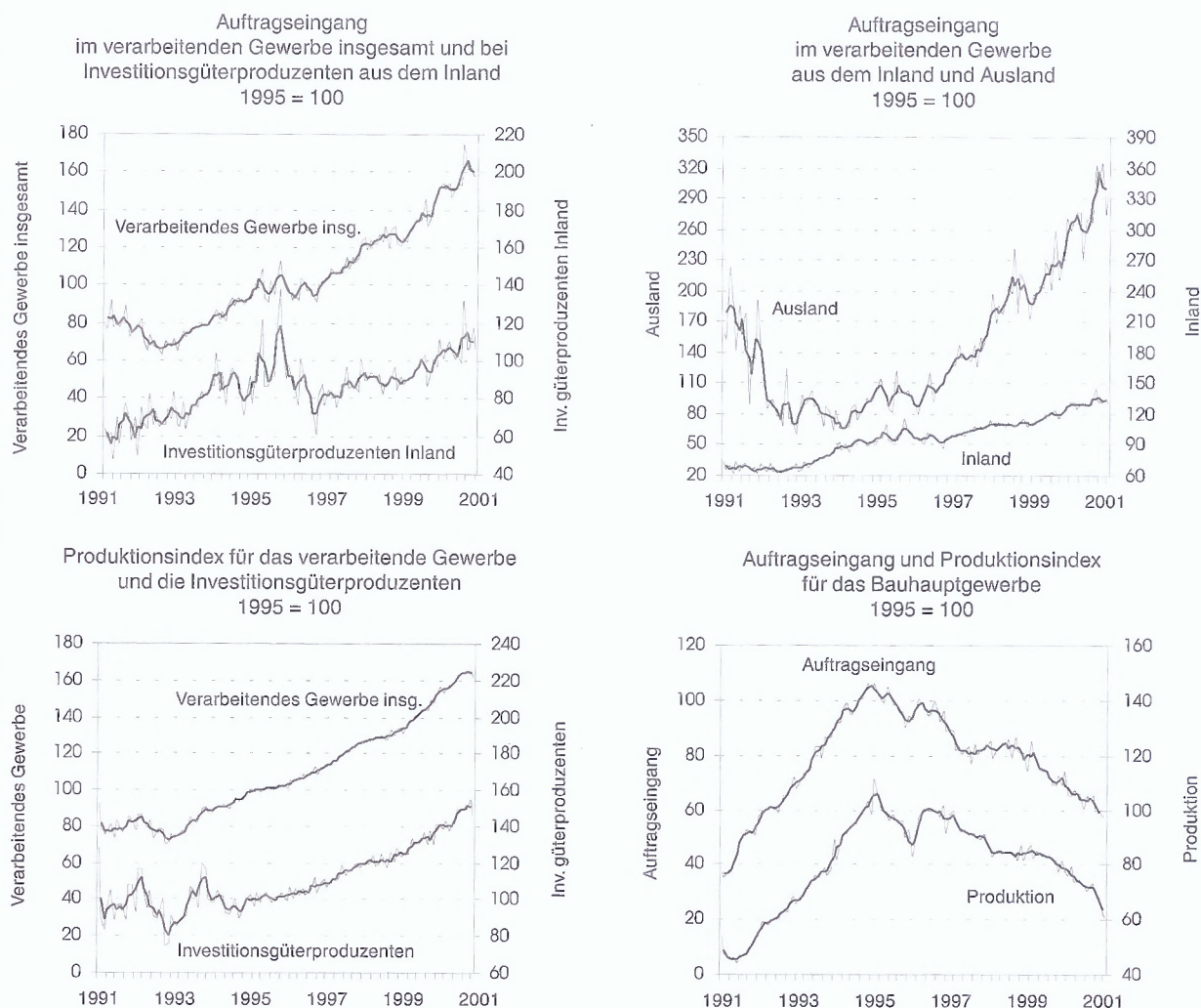
Umso mehr gewinnt die Frage nach den Absatzchancen auf ausländischen Märkten an Bedeutung. Mit der Verbesserung der Situation dort dürfte gegen Jahresende eine Beschleunigung bei den realen Ausrüstungsinvestitionen einsetzen, die im Laufe des nächsten Jahres zunimmt. Günstig für die Absatzchancen wird sich auswirken, dass von der Kostenseite her die Belastungen abnehmen. Auch die in der Prognose unterstellte Zinssenkung sowie die weitgehend moderaten Lohnabschlüsse im nächsten Jahr werden die Investitionsneigung der Unternehmen wieder stärken. In diesem Jahr dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen um 2,9 %, im nächsten Jahr dann um 5 % zunehmen.

Bauinvestitionen weiter auf Talfahrt

Die Bauinvestitionen werden in diesem Jahr abermals deutlich schrumpfen (Tabelle 3.1). Ausschlaggebend ist die schon länger rapide sinkende Nachfrage im Wohnungsbau. Aber auch im Nichtwohnbau überwiegen die negativen Impulse: Die staatliche Investitionstätigkeit wird besonders im kommunalen Bereich — nicht zuletzt wegen der Mindereinnahmen der Gemeinden infolge der Steuerreform — weiter zurückgehen. Auch im Wirtschaftsbaubau zeigt sich bislang keine Belebung; zwar ist bei den Hochbaugenehmigungen in Westdeutschland schon seit längerer Zeit ein deutlicher Anstieg zu beobachten,

Abbildung 3.3

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland



Volumenindizes; saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV4), gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

bisher jedoch keine entsprechende Zunahme bei den Bauaufträgen. Die Indikatoren zur Bauproduktion (geleistete Arbeitsstunden und Umsätze des Baugewerbes) weisen in allen Bereichen starke Minusraten auf. Für dieses Jahr wird — im Hinblick auf die ungünstige Tendenz im Tiefbau und die sehr schlechte Situation in Ostdeutschland — mit einer Schrumpfung gerechnet (–5,4 %). Im nächsten Jahr dürfte die Entwicklung etwa stagnieren (–0,2 %), weil die Überkapazitäten langsam schwinden und von der unterstellten Zinssenkung Impulse ausgehen.

Exportschwäche erst zum Jahresende überwunden

Die Exporte waren zu Beginn dieses Jahres deutlich gesunken. Dabei dürfte es sich teils um eine Reaktion auf die vorausgegangene sprunghafte Ausweitung der Lieferungen gehandelt haben, teils um eine Anpassung an die seit Jahresbeginn stark rückläufige Nachfrage aus dem Ausland. Die dämpfenden Effekte kamen dabei vor allem von der konjunkturellen Abschwächung in den westeuropäischen Industrieländern, in die knapp zwei Drittel aller Exportgüter geliefert werden. Die Exporte nach Ostasien sowie nach Osteuropa waren ebenfalls zurückgegangen. Dagegen expandierten die Lieferungen in die USA be-

Tabelle 3.1

Bauinvestitionen¹⁾ in Deutschland

	1999	2000	2001	2002
	Mrd. DM			
Wohnungsbau	278,4	270,4	250,9	251,7
Nichtwohnungsbau	203,4	199,2	193,3	191,5
Staat	60,1	59,7	57,4	54,6
Übrige Sektoren	143,2	139,5	136,0	136,8
Insgesamt	481,7	469,7	444,2	443,1
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr			
Wohnungsbau	-0,2	-2,9	-7,2	0,3
Nichtwohnungsbau	1,4	-2,0	-3,0	-1,0
Staat	4,7	-0,6	-4,0	-4,8
Übrige Sektoren	0,0	-2,6	-2,5	0,6
Insgesamt	0,5	-2,5	-5,4	-0,2

¹⁾ Zu Preisen von 1995; in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2001 und 2002: Schätzung und Prognose des DIW.

merkwürdig kräftig. Auch in die OPEC-Länder nahmen die Exporte, wohl als Folge der höheren Einnahmen aus dem Ölgeschäft, weiterhin deutlich zu (Tabelle 3.2 und Abbildung 3.4).

Für den Prognosezeitraum ist mit einer allmählichen Erholung der Exporte zu rechnen. Erste positive Wirkungen werden dabei von der konjunkturellen Belebung in den USA ausgehen. Bei der nach wie vor günstigen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportunter-

nehmen — gemessen an der relativen Lohnstückkostenposition — können diese leichter als viele Konkurrenten Aufträge akquirieren. Berechnungen des DIW Berlin zeigen, dass bei der erwarteten langsamen konjunkturellen Erholung in der EWU die Lieferungen dorthin merklich weniger steigen werden, vor allem dann, wenn der private Verbrauch bei den langlebigen Konsumgütern zurückhaltend bleibt.

Im Laufe des kommenden Jahres sollte sich jedoch eine kräftige Aufwärtsentwicklung durchsetzen. Die Ausfuhr nach Nordamerika dürfte sich noch in diesem Sommer spürbar beleben und auch im kommenden Jahr überdurchschnittlich expandieren. Die gestiegenen Einnahmen der Erdölförderländer werden zu vermehrten Importen aus Deutschland führen. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen werden in diesem Jahr das Vorjahrsniveau um 5,5 % übertreffen, dies jedoch vor allem wegen des hohen Niveaus zum Jahresende. Im kommenden Jahr dürften die Exporte um 5,3 % zunehmen.

Die Importe waren zu Jahresbeginn noch stärker zurückgegangen als die Exporte. Dabei dürfte die schwache Binnenkonjunktur eine Rolle gespielt haben. Hinzu kommt der hohe Importanteil der deutschen Exporte. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Einfuhr bei nur langsam zunehmender Binnennachfrage geringfügig steigen. Bei dem hohen Überhang errechnet sich für das Jahr 2001 dennoch eine Rate von 4,3 %. Im kommenden Jahr wird die Einfuhr bei etwas stärkerer Erhöhung der Binnen- und Auslandsnachfrage mit einer Rate von 4,9 % expandieren.

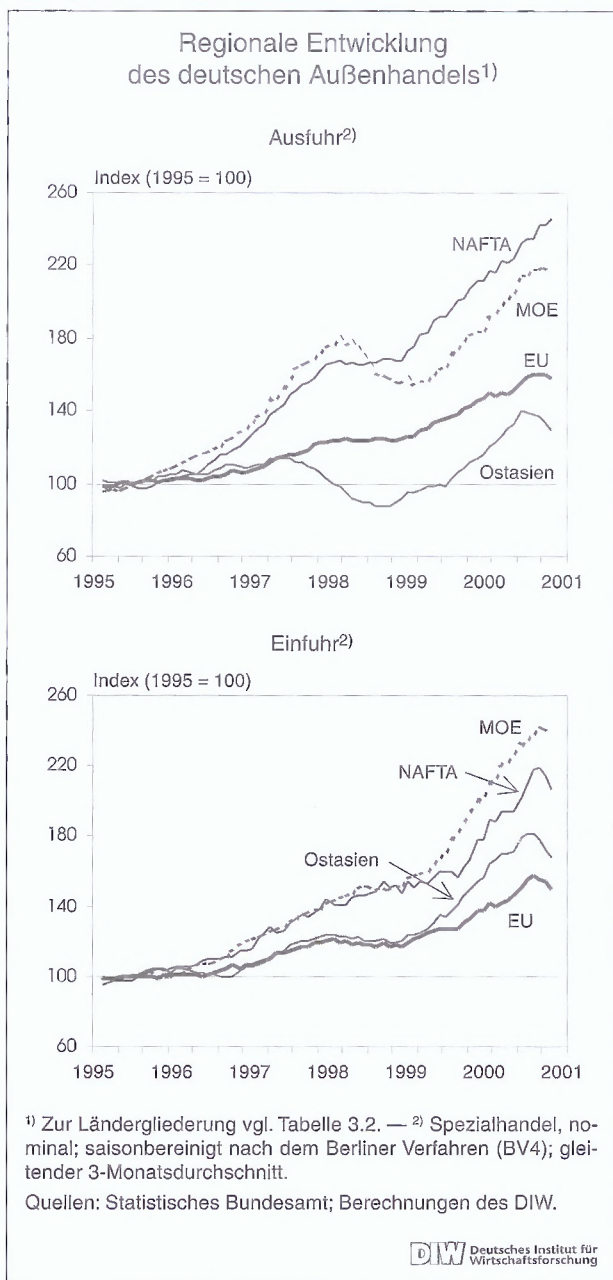
Tabelle 3.2

Regionale Entwicklung der deutschen Ausfuhren (Spezialhandel)

Ländergruppe	1998	1999	2000	1-3/2001	1998	1999	2000	1-3/2001	1998	1999	2000	1-3/2001
	Mrd. DM				Anteile in %				in % vom Bruttoinlandsprodukt			
Insgesamt	955	997	1 167	312	100,0	100,0	100,0	100,0	25,2	25,7	29,4	31,7
EU	540	574	660	177	56,6	56,9	56,6	56,7	14,3	14,8	16,6	18,0
dar.: EWU	413	450	518	140	43,2	45,1	44,4	44,9	10,9	11,6	13,0	14,2
EFTA ¹⁾	52	53	60	16	5,4	5,4	5,1	5,1	1,4	1,4	1,5	1,6
NAFTA ²⁾	104	115	138	39	10,9	11,8	11,8	12,5	2,7	3,0	3,5	4,0
Ostasien ³⁾	67	71	91	24	7,0	7,2	7,8	7,7	1,8	1,8	2,3	2,4
MOE ⁴⁾	88	84	104	28	9,2	8,5	8,9	9,0	2,3	2,2	2,6	2,8
Mercosur ⁵⁾	15	13	14	4	1,6	1,3	1,2	1,3	0,4	0,3	0,4	0,4
Übrige ⁶⁾	89	87	100	24	9,3	8,9	8,6	7,7	2,4	2,2	2,5	2,4

¹⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein. — ²⁾ USA, Kanada, Mexiko. — ³⁾ Japan, China/Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. — ⁴⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland. — ⁵⁾ Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay sowie Bolivien und Chile (assoziiert). — ⁶⁾ Afrika, Australien und Ozeanien, restliche Länder in Asien und Lateinamerika.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

Abbildung 3.4



Bei den Einfuhrpreisen hatte sich nach dem steilen Anstieg in den vergangenen zwei Jahren ein Preistrückgang zum Jahresanfang ergeben. Im Wesentlichen war dieser auf gesunkene Erdölpreise zurückzuführen. Diese haben sich im Frühjahr stabilisiert und dürften, laut Annahme, um den Preis von 27 US-Dollar pro Barrel pendeln. Die Importe werden sich im Verlauf dieses Jahres nur wenig verteuern, und auch im kommenden Jahr werden die Importpreise mit 1,6 % nur moderat steigen; dämpfend wirkt die zu erwartende Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Die Ausfuhrpreise stagnierten in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr; im Prognosezeitraum dürften sie dank günstiger

Wettbewerbsbedingungen etwas stärker als die Einfuhrpreise steigen, so dass sich die Terms of Trade im Jahre 2002 merklich verbessern werden.

Der reale Außenbeitrag wird im Jahre 2001 um rund 20 Mrd. DM höher sein als im Vorjahr; im kommenden Jahr wird er nochmals mit etwa der Hälfte dieses Betrags zunehmen. Die Konjunktur in Deutschland erhält also auch im Prognosezeitraum wiederum wesentliche Impulse vom Außenhandel.

Beschäftigungsdynamik flacht sich ab

Infolge der konjunkturellen Abschwächung in Deutschland verläuft der Beschäftigungsaufbau seit Anfang dieses Jahres nur noch verhalten. Im ersten Quartal dieses Jahres waren saisonbereinigt lediglich 26 000 Personen zusätzlich beschäftigt, gegenüber mehr als 100 000 zusätzlichen Arbeitskräften im letzten Jahresviertel 2000. Während die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe, besonders im Baugewerbe, sogar sank, nahm sie im Dienstleistungsbereich weiter zu, allerdings mit abnehmender Rate. Deutlicher noch als bei der Zahl der Beschäftigten hat sich die konjunkturelle Verlangsamung auf die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ausgewirkt; sie ist deutlich zurückgegangen. Hier konnte der Dienstleistungsbereich nicht mehr für eine Kompensation sorgen.

Auch im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Beschäftigungsentwicklung schwach bleiben, wobei saisonbereinigt im Sommerhalbjahr sogar ein leichter Rückgang wahrscheinlich ist. In diesem und im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung um jeweils etwa 0,5 % zulegen (Tabelle 3.3).

Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen steigt seit Beginn des Jahres. Gleichzeitig stagniert die Zahl der offenen Stellen. Die Zahl der in Kurzarbeit tätigen Personen nahm im gleichen Zeitraum merklich zu. Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Arbeitslosigkeit in Deutschland zunächst noch weiter steigen. Im kommenden Jahr dürfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt etwas entspannen. Im Herbst 2002 wird sich die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich auf rund 3,7 Mill. Personen belaufen; nach dieser Prognose wird bis dahin in keinem Monat das von der Bundesregierung anvisierte Ziel von 3,5 Mill. Arbeitslosen erreicht. Auszuschließen ist jedoch nicht, dass in einzelnen Monaten der nicht saisonbereinigte Wert in dieser Größenordnung liegen wird.

Ostdeutschland bleibt weiter zurück

In Ostdeutschland entwickelt sich die Wirtschaftsleistung noch schwächer als in den alten Bundesländern. Nach wie vor schlägt die Krise der Bauwirtschaft stark zu Buche. Nach den aktuell verfügbaren Daten hat sich das

Tabelle 3.3

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1998	1999	2000	2001	2002
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)					
Deutschland	2,1	1,6	3,0	1,0	2,3
Westdeutschland	2,2	1,6	3,2	1,0	2,3
Ostdeutschland (ohne Berlin)	1,0	1,4	1,1	0,7	1,8
Erwerbstätige ²⁾ (1 000 Personen)	37 537	37 944	38 534	38 708	38 881
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 279	4 100	3 889	3 823	3 766
Arbeitslosenquote ³⁾ (in %)	10,2	9,8	9,2	9,0	8,8
Erwerbslose ⁴⁾ (1 000 Personen)	3 687	3 428	3 245	3 187	3 130
Erwerbslosenquote ⁵⁾ (in %)	8,9	8,3	7,8	7,6	7,4
Verbraucherpreise ⁶⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,6	2,0	2,7	1,5
Lohnstückkosten (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)					
auf Basis von Arbeitnehmern bzw. Erwerbstätigen ⁷⁾	0,0	0,6	-0,1	1,5	0,8
auf Basis von Stunden ⁸⁾	0,5	0,9	-0,8	1,2	0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁹⁾					
in Mrd. DM	-77,8	-55,0	58,3	-84,9	-66,1
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-2,1	-1,4	1,5	-2,1	-1,6
Leistungsbilanzsaldo ¹⁰⁾ (Mrd. DM)	-11,8	-32,9	-45,0	-38,0	-25,0

¹⁾ Zu Preisen von 1995. — ²⁾ Im Inland (Jahresdurchschnitt aus den Quartalen). — ³⁾ Arbeitslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen. — ⁴⁾ Entsprechend der Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). — ⁵⁾ Erwerbslose bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen. — ⁶⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — ⁷⁾ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 je Erwerbstätigen). — ⁸⁾ Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt zu bezahlten Arbeitsstunden) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 zu Erwerbstätigenstunden). — ⁹⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG95); Finanzierungssaldo 2000 einschließlich Sonder-einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen (99,4 Mrd. DM). — ¹⁰⁾ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW; 2001 und 2002: Schätzung und Prognose des DIW.

Tempo des Niedergangs in dieser Branche noch beschleunigt; im Jahresvergleich nimmt die Bauproduktion mit zweistelligen Raten ab. Besonders stark geht der Wohnungsbau zurück, und kaum besser sieht es bei den öffentlichen Bauinvestitionen aus. Auch im Gewerbebau ist die Produktion rückläufig, wenn auch nicht so stark wie in den anderen Sparten.

Nach kräftigen Zuwächsen in den vergangenen Jahren stagnierte die ostdeutsche Industrieproduktion. Damit zeigte sich hier eine konjunkturell günstigere Entwicklung als in Westdeutschland. Die Auftragseingänge lassen allerdings auch für die ostdeutsche Industrie keine Belebung erkennen. Vielmehr haben sich die Bestellungen insgesamt zuletzt etwas abgeschwächt, insbesondere weil die Nachfrage aus dem Ausland nachließ. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass in Ostdeutschland das Bild stark von der Erteilung von Grossaufträgen — oder deren Ausbleiben — bestimmt werden kann.

Seit geraumer Zeit ist die Situation für die kleineren, insbesondere die handwerklichen Betriebe des ostdeutschen verarbeitenden Gewerbes schwierig. Ein Teil von

ihnen ist abhängig von der Entwicklung in der Bauwirtschaft. Bei einem anderen großen Teil der Betriebe wird die Geschäftsentwicklung vom privaten Konsum in der Region bestimmt. Diese Betriebe wie auch Unternehmen konsumnaher Dienstleistungszweige (etwa Handel, Dienstleistungshandwerk) bekommen weiterhin zu spüren, dass sich der private Verbrauch unbefriedigend entwickelt. Eine Rolle spielt hier der wanderungsbedingte Rückgang der Bevölkerung.

Wegen der schwierigen Finanzlage der ostdeutschen Gebietskörperschaften und wegen noch vorhandener Personalüberhänge bei öffentlichen Unternehmen wird die Beschäftigung weiter eingeschränkt. Bei den unternehmensnahen Dienstleistungen wird die Wertschöpfung dagegen steigen — angesichts des schlechter gewordenen konjunkturellen Umfelds allerdings nicht mehr so kräftig wie in den vergangenen Jahren. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt stark angespannt, so dass wiederum nicht wenige der Jugendlichen aus den geburtenstarken Jahrgängen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, in den Westen abwandern dürften.

Vorübergehend höhere Defizite in den öffentlichen Haushalten

Infolge der Steuerentlastungen gehen von der Finanzpolitik in diesem Jahr expansive Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung aus. Hinzu kommen die Wirkungen der „automatischen Stabilisatoren“. Bisher haben die finanzpolitischen Entscheidungsträger mit wenigen Ausnahmen keine Haushaltssperren erlassen, um auf die konjunkturbedingten Steuerausfälle zu reagieren. Ohnedies fällt der Anstieg der Staatsausgaben in diesem Jahr mit gut 2 % moderat aus und wird damit trotz Konjunkturabschwächung hinter der Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückbleiben. Gedämpft wird die Zunahme durch den Verlauf bei den Gebietskörperschaften, die ihre Ausgaben voraussichtlich nur um 1½ % erhöhen, während die Ausgaben der Sozialversicherungsträger wohl um 3½ % ausgeweitet werden.

Einen mäßigenden Einfluss auf die Ausgabenentwicklung der *Gebietskörperschaften* haben die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Da sich zudem der Stellenabbau auf allen Haushaltsebenen fortsetzt, nimmt der Personalaufwand nur wenig zu. Angesichts der — auch reformbedingt — hohen Steuerausfälle und der schwachen Einkommensentwicklung wird sich an dieser Linie im nächsten Jahr kaum etwas ändern. Zwar werden Mehrausgaben durch die Aufstockung von Sozialleistungen — Wohngeld, Erziehungsgeld, BAföG, einmalige Heizkostenzuschüsse — fällig, doch hält sich auch hier die Zunahme in engen Grenzen. Zusätzliche Ausgaben müssen als Folge der Krise in der Landwirtschaft getätigt werden. Trotz der hohen Neuverschuldung wird auch der Zinsanstieg moderat sein, weil der Bund mit den Erlösen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen seine Schulden tilgte und somit Zinssparnisse zu Buche schlagen. Einen Teil dieser Ersparnisse setzt der Bund zur Finanzierung zusätzlicher Maßnahmen in den Bereichen Forschung und Verkehr ein. Doch werden die öffentlichen Investitionen — nach einer nur kurzen Erholungsphase — insgesamt geringer ausfallen, weil die steuerreform- und konjunkturbedingten Steuerausfälle vor allem den kommunalen Handlungsspielraum bei Investitionsentscheidungen erheblich einengen.

Im nächsten Jahr dürfte sich die moderate Ausgabenentwicklung bei den Gebietskörperschaften fortsetzen, es wird mit einem Zuwachs von 2 % gerechnet. Der Prognose liegen wiederum mäßige Tarifabschlüsse und ein Stellenabbau im öffentlichen Dienst zugrunde, ebenso ein weiterer Rückgang der staatlichen Investitionstätigkeit. Bei den monetären Sozialleistungen macht sich vor allem die Erhöhung des Kindergeldes bemerkbar.

Die Steuereinnahmen werden in diesem Jahr um über 3 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückbleiben. Aufkommensmindernd wirkt sich insbesondere die Steuerreform aus; die veränderte Unternehmensbesteuerung schlägt mit 15 Mrd. DM, die Senkung der Einkommensteuern mit 28 Mrd. DM zu Buche. Zu Mindereinnahmen kommt es

zudem infolge der Konjunkturabschwächung sowie dadurch, dass aufgrund rückläufiger Gewinne und Vermögenseinkommen im Jahre 1999 deutlich geringere Nachzahlungen fällig werden. Hingegen führt die dritte Stufe der ökologischen Steuerreform zu zusätzlichen Einnahmen von 5 Mrd. DM. Im nächsten Jahr kann beim Steueraufkommen mit Mehreinnahmen von knapp 5 % gerechnet werden. Dieser im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlage überdurchschnittliche Zuwachs kommt vor allem durch die Progressionswirkung des Einkommensteuertarifs zustande.

Bei den *Sozialversicherungsträgern* entwickeln sich die Ausgaben merklich stärker als bei den Gebietskörperschaften; sie nehmen in diesem Jahr um 3½ % zu. So erhöhen sich bei der Bundesanstalt für Arbeit die Ausgaben für das Arbeitslosengeld bei gleich hoher Zahl der Empfänger, da aufgrund der Rechtsprechung bei der Leistungsbemessung nunmehr auch die Sonderzahlungen berücksichtigt werden müssen. Auch für die Weiterbildung werden zusätzliche Ausgaben getätigt, während die Ausgaben für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückgeführt werden. Im Bereich der Krankenversicherung führt vor allem die Aufhebung des Arzneimittelbudgets — und der damit verbundenen Sanktionen für die Ärzte — zu einem starken Ausgabenanstieg, so dass einige Krankenversicherungen zum 1. Juli dieses Jahres ihre Beitragssätze anheben mussten. Bei den Rentenversicherungen schlägt die Rentenanpassung zur Mitte des Jahres mit 2 % zu Buche. Die jährliche Anpassung folgt nun wieder der Entwicklung der Nettolöhne, nachdem in den beiden Jahren zuvor bei der Bemessung der Rentenerhöhung lediglich die Preissteigerungsrate zugrunde gelegt worden war. Aufgrund der Mehrbelastungen besteht — im Gegensatz zur politischen Absicht — wohl kein Spielraum für Beitragssenkungen im nächsten Jahr. Die Ausgaben der Sozialversicherung dürften mit 3 % nur geringfügig schwächer als die Einnahmen steigen; dabei sind keine Beitragssenkungen unterstellt.

In der Summe werden die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr voraussichtlich ein Defizit von 85 Mrd. DM (Abgrenzung der VGR) aufweisen; dies entspricht 2,1 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Im Vorjahr waren es — bereinigt um die UMTS-Versteigerungserlöse — 46 Mrd. DM. Dieses Defizit wird allein von den Gebietskörperschaften getragen, die Sozialversicherungen schließen mit einem nahezu ausgeglichenen Haushalt ab. Im kommenden Jahr dürfte das gesamtstaatliche Defizit auf 66 Mrd. DM zurückgehen; dabei werden die Sozialversicherungsträger einen geringen Überschuss (2 Mrd. DM) erzielen. Während 2001 die öffentlichen Haushalte erheblich zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung beitragen — der positive Impuls beläuft sich auf knapp 1 % des nominalen BIP —, muss 2002 mit einem restriktiven Impuls von knapp einem halben Prozent des Bruttoinlandsprodukts gerechnet werden.

Deutschland im internationalen Vergleich

Ein Vergleich des Wirtschaftswachstums in Deutschland mit dem in anderen Volkswirtschaften zeigt, dass die Entwicklung in Deutschland schon seit einigen Jahren zurückbleibt (Abbildungen 3.5 bis 3.7). Obwohl Deutschland im Jahre 2000 kräftig expandierte, hat die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts unter der der meisten Länder im Euroraum gelegen. Auch die konjunkturelle Verlangsamung ist hierzulande am deutlichsten ausgeprägt.

Die konjunkturelle Abschwächung in Deutschland ist mit einem merklichen Rückgang der Exporte verbunden. Dieses Phänomen ist in allen Ländern des Euroraums zu verzeichnen. Die Entwicklung der Exporte war in den vergangenen Jahren jedoch die wichtigste Quelle des Wachstums in Deutschland, während von der inländischen Nachfrage kaum Wachstumsimpulse ausgingen.

Im Verlauf des Jahres 2000 verbesserte sich fast überall die Lage am Arbeitsmarkt. Obwohl auch in Deutschland die Beschäftigung deutlich zunahm, waren hier die Erfolge am Arbeitsmarkt geringer als etwa in Frankreich und Italien. Auch die seit mehreren Jahren bestehenden Unterschiede zwischen der Beschäftigungsentwicklung in Deutschland einerseits und der in Spanien und den Niederlanden andererseits sind kaum kleiner geworden. Hingegen kam die Beschäftigungsausweitung in den USA zu einem Halt, so dass sich die Unterschiede zu Deutschland etwas verringerten. Einzig in Japan war die Beschäftigung im Jahre 2000 rückläufig.

In den Niederlanden hat — neben der Erhöhung indirekter Steuern zu Beginn des Jahres — auch das knappe Angebot auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle für den starken Anstieg der Preise gespielt. In den USA ist es im Verlauf des Jahres 2000 ebenfalls zu einem deutlich stärkeren Preisanstieg gekommen; die Inflationsrate war dort höher als im Euroraum.

Abbildung 3.5

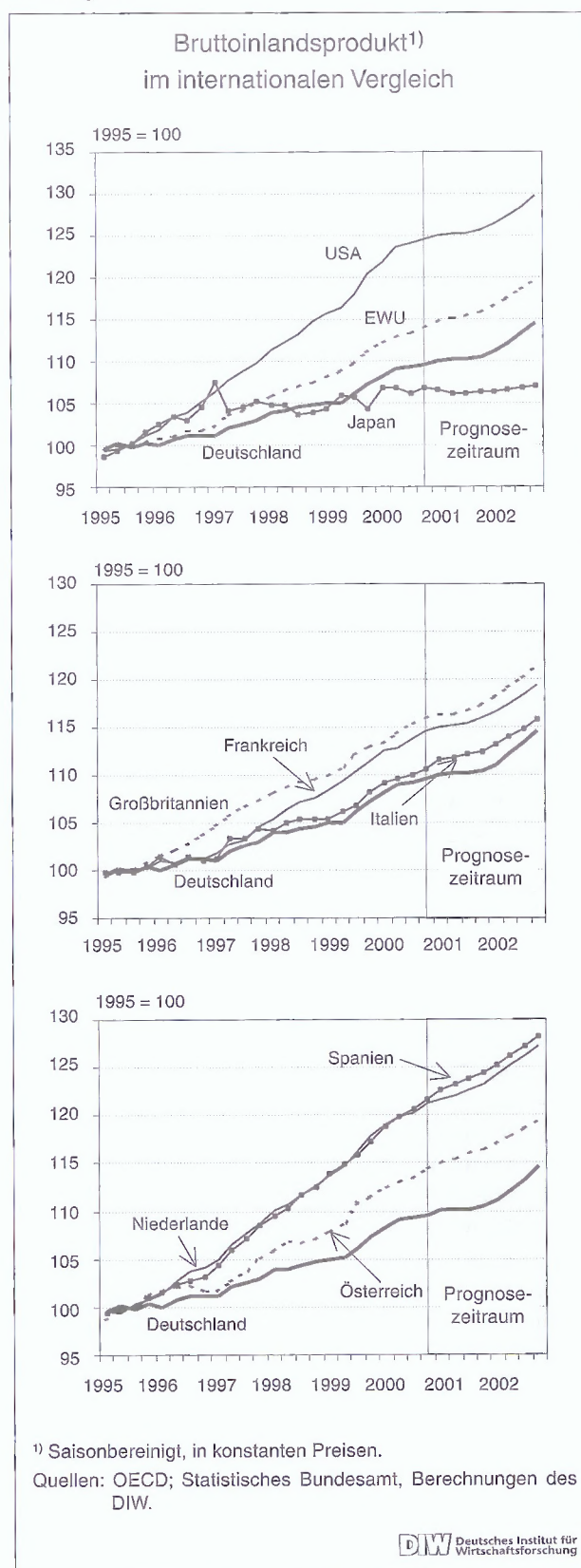


Abbildung 3.6

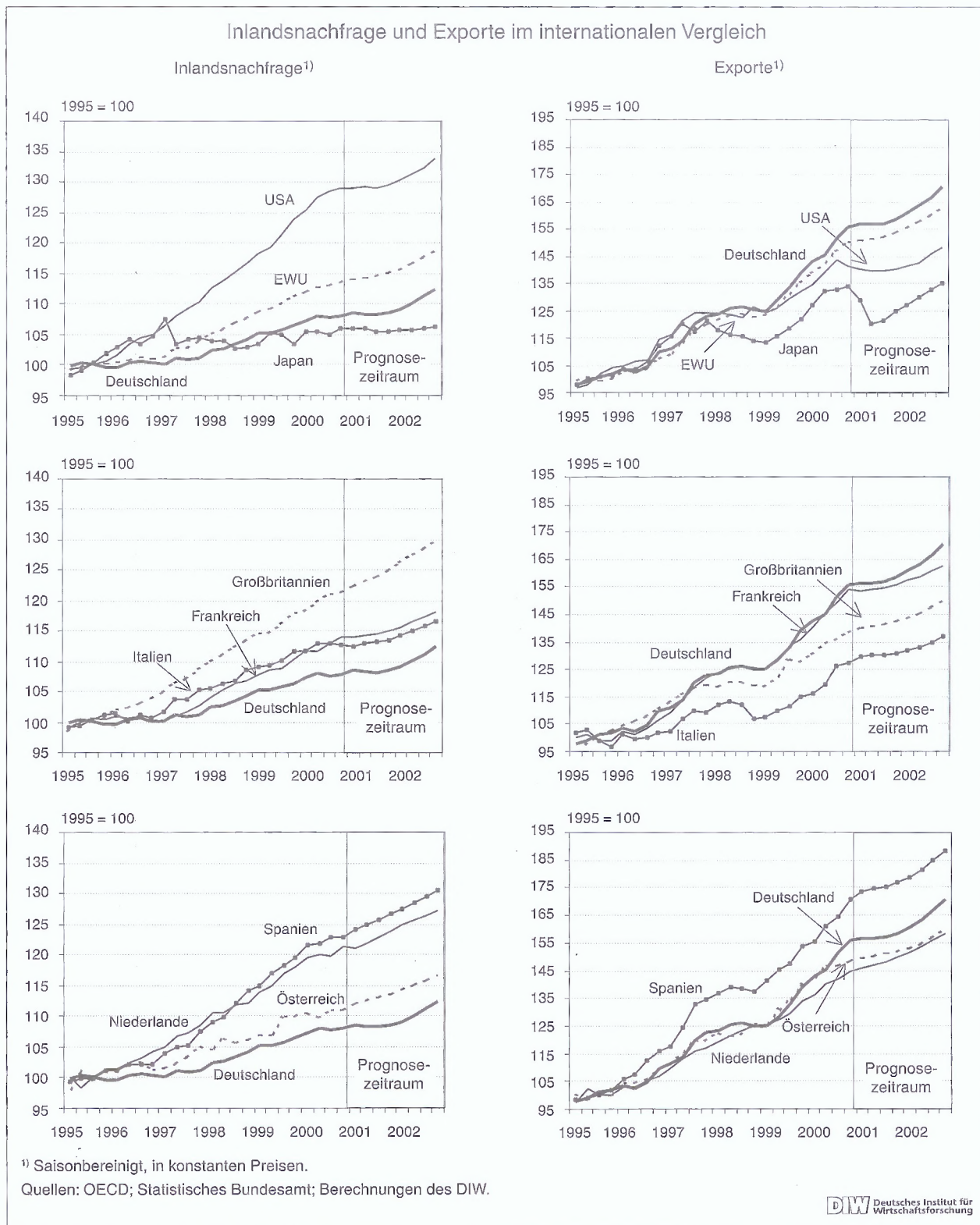
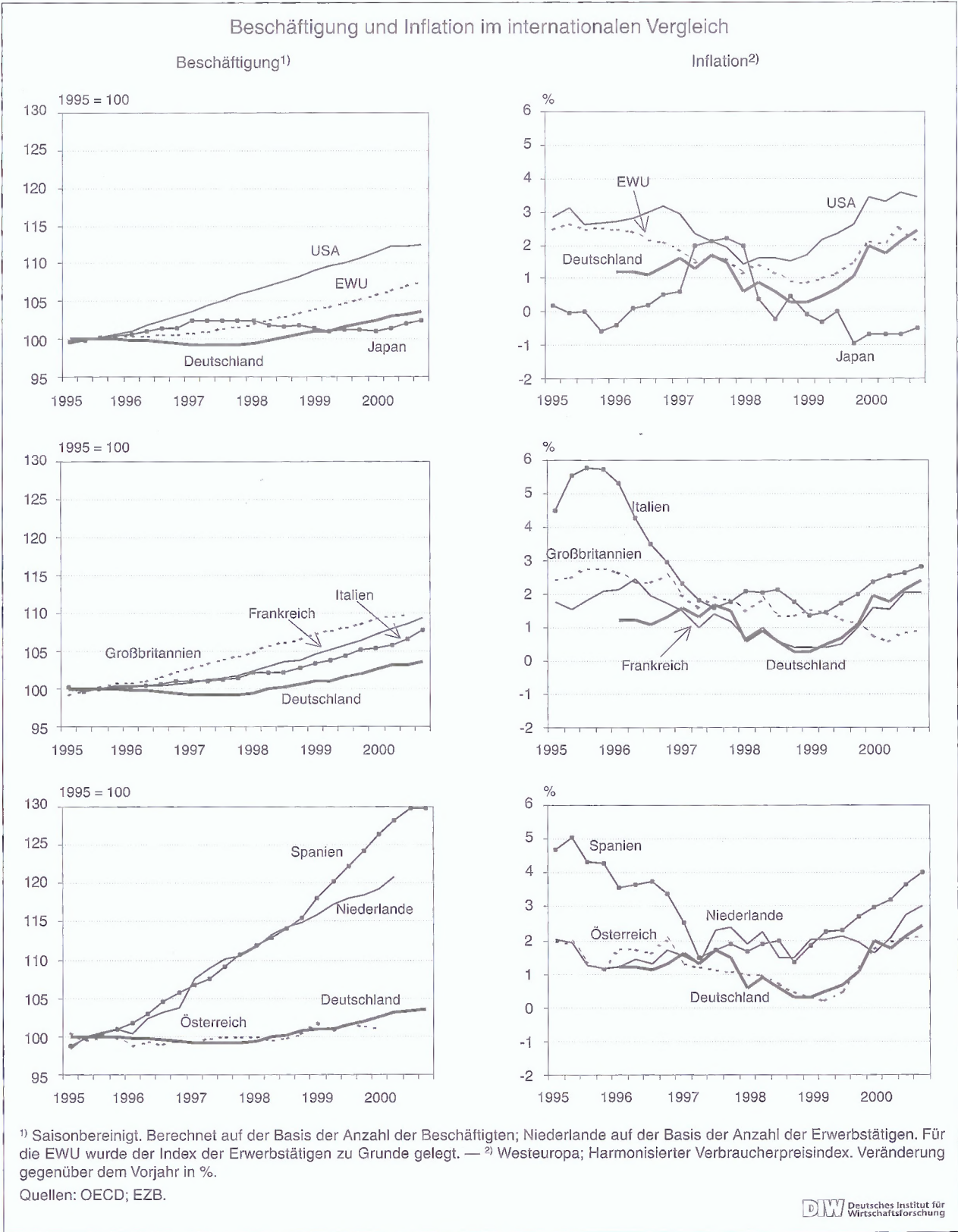


Abbildung 3.7



Wirtschaftspolitik ohne klaren Kurs

Noch Ende des vergangenen Jahres bestand die berechnete Aussicht, dass der im Aufschwung einsetzende kräftige Beschäftigungsaufbau auch dieses Jahr fortgesetzt werden könnte. Zwar war absehbar, dass sich das Tempo infolge der weltwirtschaftlichen Eintrübungen und der restriktiveren Ausrichtung der Geldpolitik vermindern würde. Doch schien die Erwartung realistisch, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum nicht zuletzt wegen der zum Teil massiven steuerlichen Entlastungen und der stabilitätsgerechten Lohnpolitik immer noch stark expandiert.

Eine Kumulation negativer Einflüsse hat die Hoffnungen auf eine Fortdauer des Aufschwungs zunichte gemacht. Zu nennen ist zunächst der anhaltende Kaufkraftentzug durch die Folgewirkungen des Ölpreisschocks vom vergangenen Jahr. Dieser wurde verstärkt durch die Verwerfungen auf den Benzinmärkten und die preislichen Folgen der Tierseuchen. Dass die Konjunktur auf eine derartig abschüssige Bahn geraten würde, ist nur zum Teil der deutschen oder europäischen Wirtschaftspolitik zuzuschreiben. Die merkliche Beschleunigung des Preisauftriebs ist demnach nicht die Folge lohnpolitischer Übersteigerungen oder geldpolitischer Laxheit, sondern die einer Häufung von preistreibenden Sondereffekten. Auch die Finanzpolitik im Euroraum war stabilitätsgerecht. Insbesondere in Deutschland und Frankreich hat sie mit spürbaren Steuersenkungen sogar dafür gesorgt, dass ein Abgleiten in eine Rezession sowohl im Euroraum insgesamt als auch in Deutschland verhindert werden dürfte. War der Abschwung also unvermeidlich?

Die Antwort muss insofern zwiespältig ausfallen, als einerseits ein Teil der die Kaufkraft belastenden Effekte, insbesondere die durch die Tierseuchen hervorgerufenen Preiseffekte und die Verwerfungen auf den Treibstoffmärkten, nicht vorhersehbar waren. Ordnungspolitisch wäre es sogar schädlich, wenn wirtschaftspolitisch in solche Veränderungen der relativen Preise eingegriffen würde. Denn erst diese Veränderung wird auch zu einer Überwindung von Engpässen auf diesen Märkten führen.

Andererseits war absehbar, dass die konjunkturelle Grundtendenz abwärts gerichtet war. Hierauf hätte die Geldpolitik frühzeitig, und zwar bereits Ende vergangenen Jahres, reagieren können, wie dies die amerikanische Zentralbank Anfang 2001 beispielhaft getan hat. Dies ist aber nicht geschehen. Gerade aus weltwirtschaftlicher Sicht war allein das schon destabilisierend. Denn mit dem Ausfall der Lokomotive USA war klar, dass erhebliche Belastungen für die weltwirtschaftliche Entwicklung entstehen würden. Im Idealfall hätte Europa die Rolle der Lokomotive übernehmen müssen. Doch diesem Anspruch ist der Euroraum nicht einmal ansatzweise gerecht geworden. Es war seitens der Geldpolitik sogar aus-

drücklich erwünscht, das kräftige Wachstum von 3½ % für den Euroraum auf einen Wert von 2 % bis 2½ % zu senken, der von der EZB als weniger inflationsträchtig angesehen wird. Mit anderen Worten: Ein erheblicher Teil des aktuellen Abschwungs ist geldpolitisch gewollt. Dieser Teil wäre somit prinzipiell vermeidbar gewesen.

Was kann die Wirtschaftspolitik in Deutschland und im Euroraum insgesamt für die wirtschaftliche Stabilität tun? Der Abschwung in diesem Jahr ist durch wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht mehr aufzuhalten. Hierfür kommt jede Reaktion zu spät. Dies ist umso gravierender, als nun erneut die für Europa charakteristische Krankheit der 90er Jahre zu diagnostizieren ist: die Unfähigkeit, einen Aufschwung über eine längere Zeit zu erhalten. Sobald erste Tendenzen einer kräftigen Aufwärtsentwicklung erkennbar werden, wie dies im vergangenen Jahr der Fall war, schaltet die Geldpolitik aus Angst vor aufkeimender Inflation auf einen die wirtschaftliche Entwicklung restringuierenden Kurs. Auf dieser Basis kann kein länger anhaltender Aufschwung gedeihen. So war es in den Jahren 1995 und 1999, und so ist es im Jahre 2001.

Derzeit scheint die Wirtschaftspolitik unschlüssig zu sein. Die finanzpolitischen Impulse vom Jahresanfang wurden nicht sichtbar. Sollen die Weichen für einen beschäftigungsintensiven Aufschwung gestellt werden, muss die Wirtschaftspolitik im Euroraum jetzt auf einen dezidiert expansiven Kurs gehen. Vorbild sollten die USA sein. Sowohl die Finanzpolitik als auch die Geldpolitik unternehmen dort alles, was den Abschwung abfedern kann. Wichtig ist dabei, dass vor allem die Geldpolitik sehr rasch reagiert hat, denn es dauert mindestens ein halbes bis ein dreiviertel Jahr, bis die Lockerung zu greifen beginnt. Auch die Finanzpolitik in den USA hat rasch gehandelt, indem sie Steuersenkungen sogar rückwirkend in Kraft setzte und mit einer pauschalen Auszahlung schon zur Jahresmitte begonnen hat. Unentschlossenheit bei der Bekämpfung konjunktureller Schwächen verschlimmert diese und führt letztlich zu strukturellen Verhärtungen, die nur allmählich zu korrigieren sind.

Deshalb ist es wichtig, dass die Wirtschaftspolitik rasch und entschlossen einen Kurs einschlägt, der die Schwäche der Binnennachfrage bekämpft. Notwendig ist eine Politik, die einerseits gewährleistet, dass sich die Preisschübe nicht zur Inflation verfestigen. Dies kann nur dann verhindert werden, wenn der negative Angebotsschock höherer Ölpreise binnenwirtschaftlich aufgefangen wird. Idealerweise sollte dies durch rigide Nominallöhne, und damit sinkende Reallöhne, geschehen, die nicht auf diesen Preisschub reagieren. Im Ergebnis bedeutet dies aber eine Schwächung der Binnennachfrage: Um die Konjunktur dennoch zu stützen, muss dann die Wirtschaftspolitik andererseits auf einen expansiven Kurs gehen und der

Nachfrage Impulse geben. Damit werden letztlich auch die Gewinne der Unternehmen stabilisiert. Nur mit einer solch ausgewogenen Strategie, die den Erfordernissen der Angebots- wie auch der Nachfrageseite Rechnung trägt, lässt sich nicht nur die gegenwärtige Schwäche überwinden, sondern ein Aufschwung initiieren, der Deutschland und den Euroraum insgesamt auf dem Weg zur Vollbeschäftigung voranbringt. Dies geht weit über das hinaus, was wirtschaftspolitisch derzeit zu erwarten und in die vorliegende Prognose eingestellt ist. Elemente einer solchen Strategie müssen sein:

1. Die Geldpolitik senkt rasch die Leitzinsen auf 2½ %. Das ist eine um 1½ Prozentpunkte stärkere Senkung als in dieser Prognose unterstellt und entspricht dem Niveau nach der Asienkrise 1999.
2. Die Lohnpolitik im Euroraum muss produktivitätsorientiert sein. Sie schöpft den Verteilungsspielraum in Höhe von etwa 3 %, der sich aus 1,5 % tolerierter Inflation und 1,5 % trendmäßigem Produktivitätszuwachs ergibt, aus.
3. Die Lohnpolitik stärkt durch längerfristig orientierte Lohnabkommen das Vertrauen der Geldpolitik in eine stabilitätsgerechte Lohnentwicklung. Vorreiter muss die deutsche Lohnpolitik sein, da deren Abschlüsse auf andere EWU-Länder ausstrahlen.
4. Die Finanzpolitik im Euroraum nimmt — wie in der Prognose tendenziell unterstellt — konjunkturbedingt höhere Defizite hin. Ein starres Festhalten an dem vereinbarten Zielpfad bei den Defiziten würde eine Rezession heraufbeschwören. Diese Forderung bedeutet nicht zwangsläufig, dass das Ziel des Budgetausgleichs auf längere Sicht aufgegeben wird.

Sollte sich — anders als in der Prognose unterstellt — das wirtschaftliche Umfeld sogar als rezessiv erweisen, sind Geld- und Finanzpolitik aufgefordert, „nachzulegen“ und ihren Kurs noch stärker expansiv auszurichten. Für die Geldpolitik heißt dies, die Zinsen rascher und deutlicher zu senken. Auch die Finanzpolitik müsste kräftigere Impulse setzen.

Mutige Geldpolitik erforderlich

Die Europäische Zentralbank (EZB) stand bereits in den ersten zweieinhalb Jahren ihres Bestehens vor großen Herausforderungen. Die globalen Auswirkungen der Asienkrise überschatteten die Anfangsmonate, und Mitte 1999 setzte der Ölpreisschock ein, in dessen Zuge sich die Rohölpreise auf Dollarbasis bis August 2000 verdreifachten; die Folgen waren ein deutlicher Preisniveauschub, verstärkt u. a. durch die merkliche Aufwertung des Euro, und eine Wachstumsabschwächung.

Auf die drohende Verlangsamung des Wachstums im Gefolge der Asienkrise reagierte die EZB seinerzeit zü-

gig, indem sie die Leitzinsen im April 1999 um einen halben Prozentpunkt auf 2,5 % senkte. Sie dürfte damit maßgeblich zum Abbau der Arbeitslosigkeit im Euroraum im Jahre 2000 beigetragen haben.

Auf die aktuelle drastische Abschwächung der wirtschaftlichen Entwicklung hat die EZB bisher mit nur einer Zinssenkung um einen viertel Prozentpunkt reagiert. Die kurzfristigen Zinsen, die die EZB noch im Oktober 2000 zum wiederholten Male erhöht hatte, liegen nunmehr bei 4½ %. Der Grund für die Zaghaftheit der EZB liegt darin, dass der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) in den vergangenen Monaten stark gestiegen ist. Da dieser jedoch auf die genannten exogenen Schocks zurückzuführen ist, die lediglich temporär auf die Preisniveausteigerung wirken, und da die Inflationsprognosen mehrheitlich einen merklichen Rückgang des Preisauftriebs signalisieren,¹⁴ sollte sich die EZB von der gegenwärtigen Preisentwicklung nicht beirren lassen. Eine deutliche Zinssenkung ist erforderlich, um der abflauenden Konjunktur und der stagnierenden Arbeitsmarktentwicklung entgegenzuwirken, und sie ist auch möglich, ohne dass das Ziel der Preisniveaustabilität verfehlt wird.

Im Mai dieses Jahres hat die EZB ihre Wachstumsprognose für den Euroraum mit Raten von 2,2 % bis 2,8 % für das Jahr 2001 veröffentlicht.¹⁵ Im Dezember waren noch 2,6 % bis 3,6 % erwartet worden. Die EZB konstatierte zudem, dass erhebliche Unsicherheiten nach unten bestehen.¹⁶ Auch der Internationale Währungsfonds erwartet nur noch ein Wachstum von 2,4 % im Euroraum, und das DIW Berlin prognostiziert nun einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von lediglich 1,9 % für dieses Jahr. Im kommenden Jahr wird das Wachstum trotz der merklichen Erholung mit 2,5 % nicht kräftig genug sein, um die hohe Arbeitslosigkeit nennenswert abzubauen.

Trotz der Preisschübe haben sich keine Inflationserwartungen herausgebildet. Die von der EZB im Mai dieses Jahres prognostizierte Preissteigerung liegt mit 1,8 % für 2002 (1,2 % bis 2,4 %) sogar etwas unter der vom Dezember 2000 (1,3 % bis 2,5 %). Auch der IWF und das DIW Berlin bleiben mit ihren aktuellen Prognosen für 2002 unter der 2-Prozent-Marke — trotz eines statistischen Überhangs aus diesem Jahr, der dazu führt, dass der Jahresdurchschnitt 2002 höher ausfällt als die laufende Rate. Dies ist nicht weiter erstaunlich, da der Einfluss der jüngsten Preisschübe allmählich abklingen wird. Voraussetzung hierfür ist, dass die Preisschübe in den kommenden

¹⁴ Vgl. International Monetary Fund, World Economic Outlook, Mai 2001, S. 209; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 15–16/2001, S. 243; Europäische Zentralbank, Monatsbericht, Juni 2001, S. 61f.

¹⁵ Vgl. Europäische Zentralbank, a. a. O., S. 57 ff.

¹⁶ Ebenda, S. 5.

Lohnverhandlungen unberücksichtigt bleiben — ein Zusammenhang, auf den nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden kann.

Auch die Geldmengenentwicklung deutet darauf hin, dass sich der Anstieg des HVPI mittelfristig verlangsamen wird. Zwar war der Zuwachs der Geldmenge seit Beginn der Währungsunion stärker als der Referenzwert, an dem sich die EZB orientiert. Aus verschiedenen Gründen hat sich damit aber kein Geldüberhang aufgebaut. Es ist zweckmäßig, die aktuelle Liquiditätslage anhand eines Referenzpfades zu beurteilen, der von dem Basiswert im Dezember 1998 aus mit einer Rate fortgeschrieben wird, die dem Referenzwert der EZB von $4\frac{1}{2}\%$ entspricht. Dabei zeigt sich, dass die Geldmenge gegenwärtig um rund 3 % darüber liegt.

Ausschlaggebend für die Einschätzung, dass dennoch kein Liquiditätsüberhang existiert, sind vier Faktoren:

1. die zu Beginn der Währungsunion bestehende Produktionslücke,
2. der insbesondere durch den Ölpreisschock verursachte Preisniveauschub,
3. Sondereinflüsse zu Beginn der Währungsunion, die einen Sprung im Niveau der Geldmenge bewirkten,
4. statistische Schwierigkeiten beim Herausrechnen des Anteils der von Ansässigen außerhalb des Euroraums gehaltenen Geldmarktpapiere und der sonstigen kurzfristigen Finanzinstrumente an M3.

Ein Teil der Geldmenge — reichlich ein Prozentpunkt — wurde dadurch absorbiert, dass das Wachstum über den von der EZB auf 2¼ % bezifferten Zuwachs des Produktionspotentials hinausging und sich damit die zu Beginn der Währungsunion im Euroraum bestehende (negative) Produktionslücke verringert hat. Auch für den Ölpreisschock und für den dadurch verursachten Preisniveauschub wurde unter Berücksichtigung des geringen Preisanstiegs 1999 rund ein Prozentpunkt des Überhangs benötigt. Zudem dürften Sondereinflüsse zu Beginn der Währungsunion, insbesondere als Folge der Verzinsung der Mindestreserven,¹⁷ einen Einfluss von etwa einem halben Prozentpunkt gehabt haben. Schließlich stellen die von Ansässigen außerhalb des Euroraums gehaltenen Geldmarktpapiere und sonstigen kurzfristigen Finanzinstrumente in M3 für den Euroraum keine Liquidität dar und gehören systematisch nicht zu M3. Werden sie bei der Berechnung von M3 herausgerechnet, ergibt sich eine Verringerung des Geldmengenwachstums um rund einen Prozentpunkt. Seit kurzem ist die EZB in der Lage, die M3-Daten um die Geldmarktfonds im Besitz von Euro-Ausländern zu bereinigen;¹⁸ den Einfluss der von Euro-Ausländern gehaltenen sonstigen Finanzinstrumente, die noch in M3 enthalten sind, beziffert sie auf einen halben Prozentpunkt.

Somit überzeichnet die statistisch ausgewiesene Geldmenge M3 die stabilitätsgerechte Geldmenge um rund

3 %. Dies entspricht dem Abstand vom Referenzpfad der EZB (4,5 % p. a.). Nach dieser Rechnung besteht also kein Liquiditätsüberhang. Zu diesem Schluss kamen vor kurzem auch die EZB und die Bundesbank.²⁰ Legt man einen Referenzpfad von 5 % zugrunde, den die Institute und der Sachverständigenrat als stabilitätsgerecht vorgeschlagen haben,¹⁹ besteht sogar ein Liquiditätsunterhang. Darauf hat das DIW Berlin seit längerem mehrfach hingewiesen.

Die zu erwartende Inflationsentwicklung legt es ebenso wie die aktuelle Geldmengenentwicklung nahe, dass die EZB angesichts der merklichen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Euroraum die Zinsen zügig und deutlich senkt. Die vom DIW Berlin erwartete Zinssenkung um einen halben Prozentpunkt in den kommenden Wochen wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Geboten wäre eine deutlich darüber hinausgehende Zinssenkung in Höhe von etwa 1½ Prozentpunkten. Eine solche Kursänderung kann der Binnennachfrage Kraft verleihen und im Euroraum einen Aufschwung in ähnlicher Stärke wie im Vorjahr ermöglichen. So würde die EZB einer weiteren Verfestigung der hohen Arbeitslosigkeit und einer Zementierung niedriger Wachstumsraten entgegenwirken, ohne ihr primäres Ziel der Preisstabilität zu gefährden. Sie würde zudem ihrem im Maastricht-Vertrag verankerten Auftrag entsprechen.²¹

Lohnpolitik unter Druck

Die Lohnpolitik hat, zumeist gebunden durch längerfristige Tarifverträge, ihren moderaten Kurs bis zuletzt fortgesetzt. Trotz der konjunkturellen Schwäche werden die Lohnstückkosten in diesem Jahr sowohl in Deutschland mit 1,5 % als auch im gesamten Euroraum mit 2,1 % nur mäßig steigen (Abbildungen 4.1 und 4.2). Die für die wei-

¹⁷ Als Folge wurden beispielsweise Sichteinlagen von London nach Deutschland verlegt; vgl. Deutsche Bundesbank, a. a. O., S. 50.

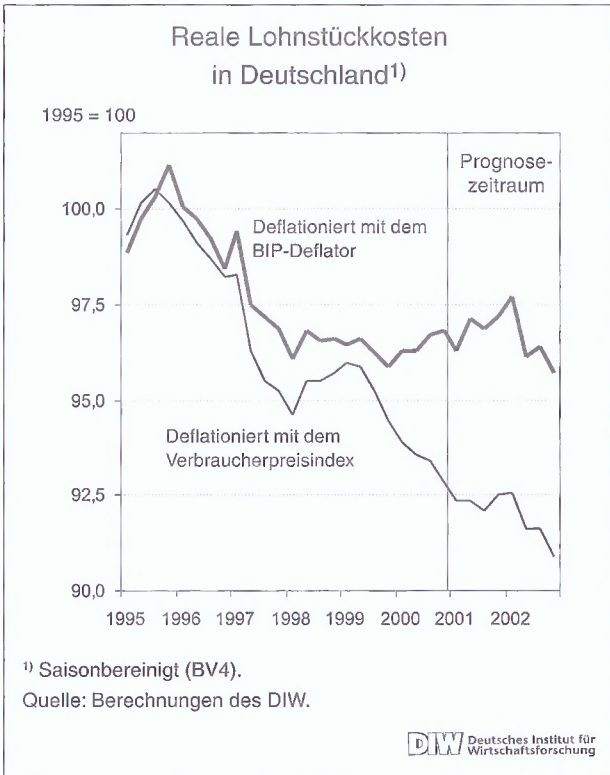
¹⁸ Hierbei handelt es sich nicht um eine neue Definition der Geldmenge M3, sondern um eine Bereinigung der bisherigen Reihe um Komponenten, die systematisch nicht dazu gehören, statistisch aber nur schwer zu isolieren sind (waren); vgl. Europäische Zentralbank, a. a. O., S. 9 ff.

¹⁹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1999, S. 243; Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2000. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 43/2000, S. 729.

²⁰ Vgl. Europäische Zentralbank, Monatsbericht Mai 2001, S. 11 ff.; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2001, S. 41 ff.

²¹ „Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt die EZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft [...eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau...] beizutragen.“ Art. 105 (1) und Art. 2, Konsolidierte Fassung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

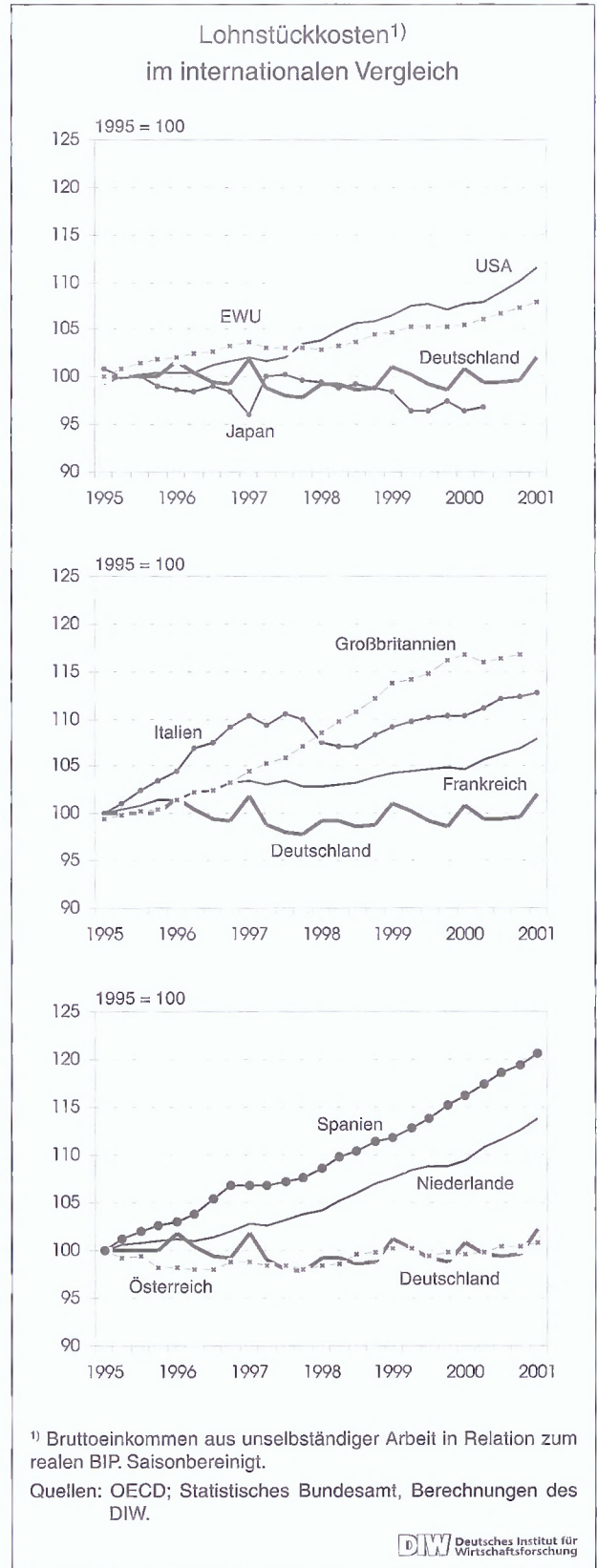
Abbildung 4.1



tere Entwicklung in Deutschland wegen ihrer Ausstrahlung auf größere Länder des Euroraums auch für die EWU insgesamt entscheidende Lohnrunde findet aber erst im kommenden Frühjahr statt. Die konjunkturelle Schwäche und der spürbare Preisauftrieb bringen die Lohnpolitik insbesondere in Deutschland schon jetzt in eine Zwickmühle. Auf der einen Seite wird vor allem von Unternehmensverbänden gefordert, die Lohnentwicklung habe in Zeiten schwacher Konjunktur maßvoll zu sein, um Unternehmen mit Absatzschwierigkeiten nicht noch zusätzlich durch Lohndruck zu belasten. Auf der anderen Seite wird im Wesentlichen von den Gewerkschaften eine Sicherung der Kaufkraft durch Inflationsausgleich für notwendig gehalten, um so die Konjunktur zu stützen. Beide Argumentationen greifen zu kurz.

Der Ölpreisschock vom vergangenen Jahr, dessen Folgen noch weit in dieses Jahr hineinreichen, ist nichts anderes als ein negativer Angebotsschock: Die Produktion in den ölimportierenden Ländern hat sich durch die stark steigenden Kosten für Energie merklich verteuert. Eine Gewinnkompression, die letztlich in eine Investitionszurückhaltung münden würde, wird unter diesen Umständen nur vermieden, wenn es den Unternehmen gelingt, die höheren Kosten auf die Verbraucher zu überwälzen. Die starke Beschleunigung des Preisauftriebs zeigt, dass es den Produzenten derzeit tatsächlich gelingt, die Kosten weiterzugeben. Würde nun der Preisanstieg von den Ge-

Abbildung 4.2



werkschaften zum Anlass genommen, entsprechend höhere Lohnzuwächse zu fordern und gegebenenfalls durchzusetzen, blieben die Unternehmen mit höheren Kosten belastet. Dann beginnt eine weitere Runde von Preiserhöhungen, oder es tritt die Gewinnkompression mit den befürchteten negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung ein. Lösen aber die Tarifparteien mit erhöhten Lohnabschlüssen eine neue Welle von Preissteigerungen aus, wird die Schwelle von einem temporären, durch Sonderfaktoren gespeisten Preisauftrieb zu einer sich verfestigenden Inflation überschritten. Schon die Aussicht auf eine solche Entwicklung zwänge die EZB, die Zinsen zu erhöhen, so dass über einen Konjunkturrückgang mit verminderten Gewinnen und höherer Arbeitslosigkeit die Tarifparteien rasch auf einen stabilitätsgerechten Pfad zurückkehren.

Eine solche Stabilisierungsrezession kann nur vermieden werden, wenn die Gewerkschaften von vornherein auf einen vollständigen Ausgleich für den vorausgegangenen Preisschub verzichten. Grundlage ihrer Lohnforderungen und auch der Lohnabschlüsse sollten vielmehr Preissteigerungen sein, die mit dem Stabilitätsziel der EZB vereinbar sind. Das bedeutet, sie sollten sich an einem Preisanstieg von 1½ % orientieren und nicht an der in diesem Jahr zu erwartenden Inflationsrate von 2¼ %.

Ein weiterer belastender Faktor, der von der Lohnpolitik zu berücksichtigen ist, sind die zu erwartenden Steigerungen der Lohnnebenkosten, die durch die höheren Beiträge zur Krankenversicherung in Höhe von 0,5 % der Arbeitsentgelte verursacht werden. Diese Beiträge — von den Unternehmen zur Hälfte getragen — erhöhen die Kosten für die Unternehmen um einen viertel Prozentpunkt und sollten mit den gleichen Argumenten wie beim Ölpreisschock zu entsprechend niedrigeren Lohnabschlüssen führen.

Diesen belastenden Faktoren steht nach wie vor eine trendmäßige Produktivitätsentwicklung von gut 2 % gegenüber, die die Kostenbelastung der Unternehmen entsprechend reduziert. Daher bleibt unter Berücksichtigung eines stabilitätsgerechten Inflationsausgleichs und der Erhöhung der Lohnnebenkosten ein Spielraum für Lohnerhöhungen von gut 3 %. Bei einer solchen Rate bleibt die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten, und die Gewinne der Unternehmen werden nicht geschmälert.

Dieser Spielraum für Lohnerhöhungen sollte, anders als in den Vorjahren, auch ausgeschöpft werden. Ein Zurückbleiben hinter dieser Rate würde die wirtschaftliche Entwicklung belasten. Die entscheidende Schwäche der deutschen Wirtschaft besteht in der unzureichenden Binnennachfrage, insbesondere der privaten Konsumnachfrage. Damit diese auf einen stärkeren Expansionspfad einschwenkt, sind höhere Einkommenssteigerungen als in den Vorjahren erforderlich, zumal im Jahre 2002 keine die privaten Haushalte entlastende Steuerreform ansteht.

Die Hoffnung, dass über niedrigere als die hier vorgeschlagenen Lohnsteigerungen ein positiver Beschäftigungseffekt eintreten würde und dadurch die Einkommen steigen, ist trügerisch. Ist die Nachfrage der restringierenden Faktor, würden niedrigere Lohnabschlüsse nicht zu mehr Produktion führen, sondern die Absatzchancen der Unternehmen würden sich weiter verschlechtern. Geringere als im Rahmen des Spielraums zulässige Lohnzuwächse würden über die gedrückte Nachfrage dann letztlich auch die Rendite der Unternehmen beeinträchtigen. Eine Fortdauer der Abwärtstendenz wäre die Folge. All dies zeigt, dass weder „Nullrunden“ noch „Nachschläge“ in der derzeitigen Situation stabilitätsgerecht sind.

Der Lohnpolitik in Deutschland kommt eine besondere Verantwortung für den gesamten Euroraum in einer Zeit zu, wo in vielen Ländern Nachschlagsdiskussionen losbrechen. Hier könnte von der deutschen Lohnentwicklung ein stabilisierendes Signal ausgehen. Dies wäre umso wichtiger, als es gilt, die EZB von der Glaubwürdigkeit einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik im Euroraum zu überzeugen. Denn die Lohnzurückhaltung in den vergangenen Jahren ist von der EZB geldpolitisch nicht honoriert worden. Selbst längerfristige Tarifvereinbarungen mit maßvollen Lohnsteigerungen haben die EZB im vergangenen Jahr nicht von einer merklichen Straffung ihres Kurses abhalten können, die sie durchführte, weil sie — fälschlicherweise — überzogene Lohnsteigerungen erwartete. Damit stellt sich die Frage, wie die EZB von der Glaubwürdigkeit einer lohnpolitischen Orientierung überzeugt werden kann. Eine Antwort hierauf wäre, immer wieder — wie zuletzt auch — mehrjährige Abkommen abzuschließen. Zu befürchten ist aber, dass die EZB dann gegen Ende der Laufzeit eines solchen Abkommens auf die Gefahren für die Preisstabilität durch die zu erwartenden neuen Lohnabschlüsse verweist und ihren Kurs entsprechend straffer ausrichtet. Ein anderer Weg wäre deshalb, die Tarifabkommen vorausschauend für jeweils ein Jahr im Voraus abzuschließen. Dann wäre die Richtung der Lohnentwicklung hinreichend lange vor ihrem Eintreten klar. Auch dann müssen die Abschlüsse stabilitätsgerecht sein; dies würde der Zentralbank erlauben, einen expansiveren geldpolitischen Kurs einzuschlagen, weil keine ernsthaften Gefahren für die Preisstabilität drohen. Es bleibt abzuwarten, ob die Tarifparteien bereit sind, eine zweite perspektivische Bindung einzugehen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht ergäbe sich der Vorteil, dass die Sicherheit für die Geldpolitik zunehmen würde und sie dabei keinen Risikoaufschlag auf aktuelle Lohnabschlüsse mehr vornehmen müsste. Dies würde den Spielraum für einen expansiveren Kurs der Geldpolitik erhöhen. Damit hätte die realwirtschaftliche Expansion eine größere Chance.

Konjunkturbedingte Defizite hinnehmen

Aus konjunktureller Sicht gab es keinen günstigeren Zeitpunkt als dieses Jahr, um Steuerentlastungen — sie haben eine Größenordnung von 45 Mrd. DM — wirksam werden zu lassen. Bisher hat die Politik auf die konjunkturrell bedingten Einnahmeausfälle nicht mit einem Tritt auf die Ausgabenbremse reagiert. Doch darf nicht übersehen werden, dass in Erwartung der reformbedingten Steuerausfälle die Ansätze für die Investitionsausgaben in den öffentlichen Haushalten bereits gekürzt worden waren, d.h. diese Ausgaben nicht zunehmen, sondern rückläufig sind. Infolge der verschlechterten Finanzlage ist auch im kommenden Jahr mit einem Rückgang bei den öffentlichen Investitionen zu rechnen.

Die Risiken der Konjunkturentwicklung haben die Frage aufkommen lassen, ob die für 2005 vorgesehene dritte Stufe der Einkommensteuersenkung auf das Jahr 2002 vorgezogen werden sollte, um der Gesamtwirtschaft abermals expansive Impulse zu vermitteln. Damit entfielen zugleich der für 2003 geplante „Zwischenschritt“ — Anhebung des Grundfreibetrags auf 14 500 DM, Senkung des Eingangssteuersatzes von 19,9 % auf 17 % und des Spitzensteuersatzes von 48,5 % auf 47 %. Im Ergebnis beliefen sich der untere Steuersatz auf 15 %, der obere auf 42 % und der Grundfreibetrag auf 15 000 DM; das Entlastungsvolumen betrüge nochmals 60 Mrd. DM bzw. fast 1½ % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Entschiede man sich für ein Vorziehen, würde der Staat — zusammen mit den Ausfällen in diesem Jahr — auf weit mehr als 100 Mrd. DM an Steuereinnahmen verzichten.

Für sich genommen geben Steuerentlastungen in einer solchen Größenordnung erhebliche Impulse für die Gesamtwirtschaft. Über die Multiplikatorwirkungen bescheiden sie dem Staat auch zusätzliche Einnahmen. Insofern sind die tatsächlichen Steuerausfälle kleiner als die rechnerischen, die auf einer statischen Betrachtung beruhen. Nach überschlägigen Schätzungen dürfte sich der Impuls im günstigsten Fall zur Hälfte über die zusätzliche Nachfrage „selbst“ finanzieren (einschließlich zusätzlicher Einnahmen aus Sozialbeiträgen).

Allerdings ist es eine wenig realistische Annahme, dass die Steuersenkungen in voller Höhe über Kredite finanziert werden. Viel wahrscheinlicher wären Ausgabenkürzungen auf allen Haushaltsebenen, vor allem bei den Gemeinden, die aufgrund der haushaltsrechtlichen Vorschriften gar nicht in der Lage sind, solche Belastungen ohne Kompensationszahlungen vom Bund bzw. von den Ländern zu tragen. Bereits in diesem Jahr sind die Kommunen infolge der reformbedingten Steuerausfälle in ernste Finanzierungsnöte geraten. Die Gemeinden haben vielfach keine andere Wahl, als mit Kürzungen im investiven Bereich auf Einnahmeausfällen zu reagieren. Aber auch die finanzschwächeren Länder, insbesondere die Länder in Ostdeutschland, wären bei nochmaligen Steuerentlas-

tungen in der genannten Größenordnung mit riesigen Finanzierungsproblemen konfrontiert. Fraglich ist auch, ob eine andere, immer wieder diskutierte Finanzierungsmöglichkeit, nämlich konsumtive zugunsten investiver Mittel umzuschichten, eine realistische Option ist. Aufgrund der restriktiven Ausgabenpolitik in den vergangenen Jahren sind die Spielräume hierfür sehr viel kleiner geworden. Den expansiven Wirkungen der vorgezogenen Steuerentlastungen müssten in jedem Falle die kontraktiven Effekte, die Ausgabenkürzungen nach sich ziehen, gegengegerechnet werden. Dies bedeutet, dass sich der expansive Impuls erheblich verminderte.

Zudem stellt sich die Frage, ob und in welchem Maße mit diesem Vorgehen die Ziele des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verfehlt würden. In diesem Pakt haben sich die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, einen ausgeglichenen bis überschüssigen Gesamthaushalt anzustreben. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive sind solche Regelungen fragwürdig, wenn an ihnen auch in einer Phase der spürbaren Wachstumsabschwächung festgehalten werden soll. Insofern kommt die jüngste Kritik der EU-Kommission an der deutschen Finanzpolitik — die Kommission kritisiert vor allem die Defizitentwicklung in diesem Jahr — zum falschen Zeitpunkt und an der falschen Stelle: Die Steuerentlastungen in diesem Jahr dämpfen nicht nur den Konjunkturabschwung; sie dürften zugleich die Bemühungen um einen effizienten Einsatz der knapperen Mittel verstärken und so dazu beitragen, die strukturellen Defizite zu mindern. Doch wird man sich mit dieser Kritik auseinander setzen müssen. Auf alle Fälle macht sie deutlich, dass auch für die Finanzpolitik der nationale Handlungsspielraum eingeschränkt worden ist. Ein Emporschnellen der Haushaltsfehlbeträge in die Nähe der Defizitgrenze von 3 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts würde zumindest auf der politischen Ebene erhebliche Akzeptanzprobleme bereiten.

Schließlich ist zu fragen, ob ein „diskretionärer“ Einsatz der Steuerpolitik im Jahre 2002 nicht zu spät käme. Aufgrund der Wirkungsverzögerungen fielen die Entlastungen in eine Phase, in der sich die Konjunktur nach der hier vorgelegten Prognose bereits gefestigt hat. Nur für den Fall, dass sich der Konjunkturabschwung weiter fortsetzt, wäre ein Vorziehen der Reform neu abzuwägen.

Alles in allem ist der Finanzpolitik zu raten, dass sie an der zeitlichen Abfolge der Steuerreformpläne festhält. Sie sollte sich in ihrem Handeln nicht an kurzfristigen Entwicklungen, sondern mehr als bisher an der mittelfristigen (trendmäßigen) Entwicklung — am nominalen Produktionspotential — orientieren. Hierzu gehört zunächst, dass die Politik auf weitere Ausgabenkürzungen zur Kompensation der konjunkturbedingten Steuerausfälle verzichtet; im anderen Falle handelte sie kontraproduktiv. Ohnedies bewegt sich die Ausgabenpolitik auf einer Linie, die deutlich unter dem Potentialpfad der Wirtschaft liegt. Vor allem für die wachstumsrelevanten Ausgaben — öffentliche Investi-

tionen, Ausgaben für Bildung und Wissenschaft — ist dringend eine Umorientierung zu fordern. Sie müssen sich auf einem deutlich höheren Niveau entwickeln. Damit dies für die öffentlichen Investitionen gewährleistet wird, sollte den Gemeinden als Hauptinvestor der öffentlichen Hand ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer gewährt

werden; viele kommunale Haushalte sind „unterfinanziert“. Noch mehr als für Westdeutschland spielen die Infrastrukturinvestitionen für Ostdeutschland eine Rolle. Sie sind zwar keine hinreichende, wohl aber eine notwendige Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufholprozess.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung und Prognose für die Jahre 2001 und 2002
Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2000		2001		2002	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige im Inland	1,6	0,5	0,4	1,7	1,4	0,7	0,2	0,2	0,7
Arbeitszeit	-0,6	-0,1	-0,5	-1,4	0,1	0,0	-0,2	0,0	-1,0
Arbeitslage	-0,9	-0,3	0,0	0,8	-2,5	-0,5	-0,1	-0,7	0,7
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich) ¹⁾	0,0	0,1	-0,1	1,0	-1,0	0,3	-0,1	-0,4	0,3
Produktivität ²⁾	3,0	0,9	2,3	2,5	3,4	1,0	0,9	1,5	3,1
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995	3,0	1,0	2,3	3,6	2,3	1,3	0,8	1,1	3,4

2. Verwendung des Inlandsprodukts zu jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2 309,1	2 389,9	2 472,1	1 129,3	1 179,7	1 165,2	1 224,7	1 205,2	1 266,9
Konsumausgaben des Staates	750,3	767,4	784,4	358,3	392,1	366,4	401,0	374,3	410,1
Anlageinvestitionen	850,7	841,7	868,8	409,8	440,9	402,6	439,1	412,7	456,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	384,4	398,5	424,0	181,6	202,8	190,9	207,6	199,7	224,3
Bauten	466,3	443,2	444,8	228,3	238,0	211,7	231,5	213,0	231,8
Vorratsveränderungen	50,7	50,1	54,6	34,2	16,6	42,0	8,1	33,4	21,2
Letzte inländische Verwendung	3 960,8	4 049,0	4 179,8	1 931,6	2 029,2	1 976,1	2 072,9	2 025,7	2 154,2
Außenbeitrag	15,3	24,5	42,3	16,7	-1,4	16,4	8,1	19,8	22,5
Exporte	1 326,2	1 422,3	1 532,8	636,5	689,8	702,2	720,1	742,0	790,9
Importe	1 310,9	1 397,8	1 490,5	619,7	691,2	685,7	712,0	722,2	768,3
Bruttoinlandsprodukt	3 976,1	4 073,5	4 222,2	1 948,3	2 027,8	1 992,6	2 081,0	2 045,4	2 176,7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	3,0	3,5	3,4	3,4	2,7	3,2	3,8	3,4	3,4
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,3	2,2	2,2	1,2	2,3	2,3	2,2	2,3
Anlageinvestitionen	2,9	-1,1	3,2	4,7	1,2	-1,8	-0,4	2,5	3,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,2	3,7	6,4	9,6	8,9	5,1	2,3	4,6	8,0
Bauten	-1,8	-5,0	0,4	1,1	-4,5	-7,2	-2,8	0,6	0,1
Letzte inländische Verwendung	3,2	2,2	3,2	3,3	3,0	2,3	2,2	2,5	3,9
Exporte	16,2	7,2	7,8	16,9	15,5	10,3	4,4	5,7	9,8
Importe	18,7	6,6	6,6	17,7	19,7	10,7	3,0	5,3	7,9
Bruttoinlandsprodukt	2,6	2,5	3,6	3,2	1,9	2,3	2,6	2,7	4,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts zu Preisen von 1995
a) Mrd. DM

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2 165,3	2 186,3	2 232,0	1 064,9	1 100,4	1 072,6	1 113,7	1 090,5	1 141,5
Konsumausgaben des Staates	716,7	722,6	729,4	355,9	360,7	358,6	364,0	361,6	367,8
Anlageinvestitionen	859,0	846,7	869,1	413,9	445,1	405,1	441,6	413,0	456,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	389,3	402,5	425,9	183,7	205,6	192,7	209,8	200,5	225,4
Bauten	469,7	444,2	443,1	230,1	239,5	212,4	231,8	212,5	230,6
Vorratsveränderungen	30,3	36,5	39,4	19,2	11,1	30,5	6,0	21,7	17,7
Letzte inländische Verwendung	3 771,3	3 792,1	3 869,9	1 853,9	1 917,4	1 866,7	1 925,4	1 886,8	1 983,1
Außenbeitrag	69,6	88,0	97,7	36,0	33,5	47,7	40,2	48,1	49,6
Exporte	1 283,7	1 354,4	1 426,8	622,0	661,7	671,9	682,5	696,2	730,5
Importe	1 214,1	1 266,4	1 329,1	586,0	628,1	624,1	642,3	648,1	681,0
Bruttoinlandsprodukt	3 840,8	3 880,1	3 967,6	1 889,9	1 950,9	1 914,5	1 965,6	1 934,9	2 032,6

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	1,6	1,0	2,1	2,1	1,0	0,7	1,2	1,7	2,5
Konsumausgaben des Staates	1,4	0,8	0,9	1,8	1,0	0,7	0,9	0,9	1,0
Anlageinvestitionen	2,4	-1,4	2,6	4,4	0,6	-2,1	-0,8	1,9	3,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	9,0	3,4	5,8	9,8	8,3	4,9	2,1	4,1	7,4
Bauten	-2,5	-5,4	-0,2	0,5	-5,2	-7,7	-3,2	0,0	-0,5
Letzte inländische Verwendung	2,0	0,6	2,1	2,2	1,7	0,7	0,4	1,1	3,0
Exporte	13,2	5,5	5,3	14,5	12,1	8,0	3,2	3,6	7,0
Importe	10,2	4,3	4,9	10,0	10,5	6,5	2,3	3,8	6,0
Bruttoinlandsprodukt	3,0	1,0	2,3	3,6	2,3	1,3	0,8	1,1	3,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung und Prognose für die Jahre 2001 und 2002
Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2000		2001		2002	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995 = 100)
Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	1,4	2,5	1,3	1,2	1,7	2,4	2,6	1,7	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,3	1,4	1,3	0,4	0,2	1,5	1,4	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	0,4	0,4	0,6	0,3	0,6	0,4	0,4	0,6	0,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	0,3	0,6	-0,3	0,5	0,2	0,3	0,5	0,6
Bauten	0,7	0,5	0,6	0,7	0,7	0,5	0,5	0,6	0,6
Exporte	2,6	1,6	2,3	2,1	3,0	2,1	1,2	2,0	2,6
Importe	7,7	2,2	1,6	7,0	8,4	3,9	0,7	1,4	1,8
Bruttoinlandsprodukt	-0,4	1,4	1,4	-0,4	-0,4	1,0	1,9	1,6	1,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Arbeitsentgelte	2 121,5	2 177,2	2 243,8	995,8	1 125,7	1 022,1	1 155,1	1 048,1	1 195,7
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 715,6	1 759,5	1 812,1	802,4	913,2	823,7	935,8	843,5	968,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	1 101,2	1 146,8	1 168,3	513,0	588,2	531,8	615,0	541,7	626,6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	824,1	835,1	867,0	441,6	382,6	449,1	386,0	450,1	417,0
Volkseinkommen	2 945,6	3 012,2	3 110,8	1 437,3	1 508,3	1 471,2	1 541,0	1 498,2	1 612,6
Abschreibungen	589,8	609,9	632,2	292,7	297,2	302,8	307,1	313,8	318,3
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	411,5	423,9	449,2	208,5	203,0	211,0	212,8	222,4	226,8
Bruttonationaleinkommen	3 946,9	4 046,0	4 192,2	1 938,5	2 008,4	1 985,0	2 061,0	2 034,4	2 157,7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Arbeitsentgelte	3,0	2,6	3,1	3,0	2,9	2,6	2,6	2,5	3,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,3	2,6	3,0	3,3	3,2	2,7	2,5	2,4	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	4,1	1,9	4,0	3,5	3,7	4,6	1,9	1,9
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,5	2,0	2,5	1,4	1,6	1,8	2,2	2,2	2,8
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	1,9	3,6	1,4	2,1	1,8	2,8	4,3	1,7	1,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,6	1,3	3,8	3,3	-0,2	1,7	0,9	0,2	8,0
Volkseinkommen	2,6	2,3	3,3	3,1	2,1	2,4	2,2	1,8	4,6
Abschreibungen	3,4	3,4	3,7	3,2	3,7	3,5	3,3	3,7	3,7
Produktionsabgaben abzügl. Subventionen	1,7	3,0	6,0	5,4	-1,7	1,2	4,8	5,4	6,5
Bruttonationaleinkommen	2,6	2,5	3,6	3,4	1,9	2,4	2,6	2,5	4,7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	1 101,2	1 146,8	1 168,3	513,0	588,2	531,8	615,0	541,7	626,6
Übertragene Einkommen ⁴⁾	794,3	818,8	844,0	396,1	398,2	405,3	413,5	417,7	426,3
vom Staat	67,3	68,4	69,4	29,9	37,4	30,7	37,7	31,3	38,1
sonstige übertragene Einkommen	726,9	750,4	774,7	366,2	360,8	374,6	375,8	386,5	388,2
Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen	865,8	900,7	949,0	462,2	403,6	486,3	414,4	510,1	438,9
Saldo der sonstigen Transfers	-87,6	-98,1	-106,7	-42,1	-45,5	-48,2	-49,9	-52,4	-54,3
Abzüge:									
Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	133,7	135,6	136,6	66,2	67,5	67,2	68,3	67,4	69,1
Verfügbares Einkommen ⁵⁾	2 539,9	2 632,7	2 718,0	1 263,0	1 277,0	1 308,0	1 324,7	1 349,6	1 368,4
nachr.: Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	19,4	19,6	19,8	9,0	10,4	9,1	10,5	9,2	10,6
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	2 309,1	2 389,9	2 472,1	1 129,3	1 179,7	1 165,2	1 224,7	1 205,2	1 266,9
Sparen	250,3	262,4	265,7	142,7	107,6	151,9	110,5	153,6	112,1
Sparquote in % ⁶⁾	9,8	9,9	9,7	11,2	8,4	11,5	8,3	11,3	8,1

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	3,7	4,1	1,9	4,0	3,5	3,7	4,6	1,9	1,9
Übertragene Einkommen ⁴⁾	1,5	3,1	3,1	1,7	1,4	2,3	3,8	3,1	3,1
Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen	3,4	4,0	5,4	4,9	1,8	5,2	2,7	4,9	5,9
Verfügbares Einkommen ⁵⁾	2,9	3,7	3,2	3,4	2,3	3,6	3,7	3,2	3,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte ³⁾	3,0	3,5	3,4	3,4	2,7	3,2	3,8	3,4	3,4
Sparen	1,2	4,8	1,2	3,4	-1,5	6,5	2,7	1,1	1,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Schätzung und Prognose für die Jahre 2001 und 2002
Bundesrepublik Deutschland

	2000	2001	2002	2000		2001		2002	
				1. Hj.	2. Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen									
Steuern	975,4	945,5	991,2	477,7	497,7	472,3	473,1	484,9	506,3
Sozialbeiträge	741,9	760,9	786,6	354,9	387,0	363,6	397,3	375,9	410,8
Vermögenseinkommen	28,0	37,1	31,5	16,8	11,2	26,4	10,7	20,5	11,1
Sonstige Einnahmen ⁸⁾	124,3	125,9	126,8	60,3	64,0	60,7	65,2	61,5	65,4
Insgesamt	1 869,6	1 869,3	1 936,2	909,8	959,9	922,9	946,4	942,6	993,5
Ausgaben									
Vorleistungen und Arbeitnehmerentgelte ⁹⁾	475,3	483,1	492,3	220,0	255,3	223,8	259,3	228,0	264,3
Vermögenseinkommen	131,7	133,9	136,8	66,1	65,6	67,0	66,9	68,1	68,7
Subventionen	67,3	68,4	69,4	29,9	37,4	30,7	37,7	31,3	38,1
Monetäre Sozialleistungen	743,3	765,6	790,1	370,7	372,6	378,6	387,0	390,4	399,7
an private Haushalte	733,5	755,5	779,9	365,8	367,7	373,5	382,0	385,2	394,6
an die übrige Welt	9,9	10,0	10,2	5,0	4,9	5,0	5,0	5,2	5,1
Soziale Sachleistungen	297,8	306,2	313,8	146,7	151,1	150,7	155,5	154,5	159,4
Sonstige laufende Transfers	67,9	66,1	66,8	30,4	37,5	30,3	35,8	30,5	36,4
Vermögenstransfers	59,5	64,8	68,9	28,1	31,4	31,0	33,8	34,5	34,4
Bruttoinvestitionen	70,9	69,1	67,1	31,2	39,7	30,6	38,5	29,6	37,5
Nettozugang an nichtprod.Vermögensgütern ¹⁰⁾	-102,2	-2,9	-3,0	-1,3	-100,9	-1,4	-1,6	-1,4	-1,6
Insgesamt	1 811,4	1 954,2	2 002,2	921,8	889,6	941,2	1 013,0	965,4	1 036,9
Finanzierungssaldo	58,3	-84,9	-66,1	-12,1	70,3	-18,3	-66,6	-22,7	-43,3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen									
Steuern	4,2	-3,1	4,8	6,8	1,8	-1,1	-4,9	2,7	7,0
Sozialbeiträge	1,1	2,6	3,4	0,6	1,6	2,4	2,7	3,4	3,4
Vermögenseinkommen	-14,2	32,2	-14,9	-17,5	-8,6	56,5	-4,3	-22,3	3,3
Sonstige Einnahmen ⁸⁾	-2,6	1,2	0,8	-0,1	-4,9	0,5	1,9	1,3	0,3
Insgesamt	2,2	0,0	3,6	3,3	1,1	1,4	-1,4	2,1	5,0
Ausgaben									
Vorleistungen und Arbeitnehmerentgelte ⁹⁾	0,6	1,6	1,9	1,5	-0,2	1,7	1,6	1,9	1,9
Vermögenseinkommen	-4,1	1,7	2,2	-4,1	-4,1	1,3	2,1	1,7	2,7
Subventionen	-0,5	1,6	1,5	-3,8	2,3	2,8	0,6	1,7	1,3
Monetäre Sozialleistungen	1,6	3,0	3,2	1,6	1,5	2,1	3,9	3,1	3,3
an private Haushalte	1,5	3,0	3,2	1,6	1,3	2,1	3,9	3,1	3,3
an die übrige Welt	10,4	1,3	2,3	5,7	15,6	1,2	1,4	2,6	2,0
Soziale Sachleistungen	2,8	2,8	2,5	2,9	2,6	2,7	3,0	2,5	2,5
Sonstige laufende Transfers	7,7	-2,7	1,1	15,2	2,2	-0,4	-4,5	0,6	1,5
Vermögenstransfers	9,5	9,0	6,3	20,2	1,5	10,4	7,7	11,3	1,8
Bruttoinvestitionen	-0,8	-2,5	-2,8	-2,1	0,2	-2,0	-2,9	-3,1	-2,6
Nettozugang an nichtprod.Vermögensgütern ¹⁰⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	-3,9	7,9	2,5	1,9	-9,3	2,1	13,9	2,6	2,4

¹⁾ Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des DIW. — ²⁾ Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. — ³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁴⁾ Monetäre Sozialleistungen. — ⁵⁾ Ausgabenkonzept. — ⁶⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens. — ⁷⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. — ⁸⁾ Sonstige laufende Transfers, Vermögenstransfers, Verkäufe und sonstige Subventionen. — ⁹⁾ Einschließlich sonstiger Produktionsabgaben. — ¹⁰⁾ Einschließlich UMTS-Erlöse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW. 2001 und 2002: Schätzung und Prognose des DIW.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 167 **Ostmitteleuropa auf dem Weg in die EU-Transformation, Verflechtung, Reformbedarf.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Fritz Franzmeyer, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher und Harald Trabold unter Mitarbeit von Silke Boger und David Rusnok. 348 S. 1997. (3-428-09133-7). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 168 **Lage und Perspektiven der deutschen Schienenfahrzeugindustrie.** Von Rainer Hopf, Hartmut Kuhfeld, Heike Link, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels unter Mitarbeit von Alfred Haid und Kurt Hornschild. 242 S. 1997. (3-428-09141-8). DM 144,— / öS 1.051,— / sFr 128,—.
- Heft 169 **Wirtschaftliche Verflechtung zwischen EU und GUS — Niedriges Niveau, großes Potential, vage Perspektiven.** Von Christian Weise, Herbert Brücker, Maria Lodahl, Uta Möbius, Siegfried Schultz, Dieter Schumacher, Harald Trabold und Ulrich Weißenburger (†) unter Mitarbeit von Silke Boger, Ulrike Ludden und David Rusnok. 210 S. 1997. (3-428-09344-5). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 170 **Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland — Ergebnisse einer Umfrage.** Von Karl Brenke und Alexander Eickelpasch unter Mitarbeit von Lorenz Blume. 124 S. 1997. (3-428-09361-5). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 171 **Europäische Strukturfonds in Sachsen: Zwischenevaluierung für die Jahre 1994 bis 1996.** Von Kornelia Hagen und Kathleen Toepel. 249 S. 1997. (3-428-09389-5). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 172 **Situation und Perspektiven der deutschen Raumfahrtindustrie — Eine ordnungspolitische Analyse.** Von Bernhard Wieland, Talat Mahmood und Lars-Hendrick Röllner, Projektleitung: Kurt Hornschild. 210 S. 1998. (3-428-09440-9). DM 142,— / öS 1.037,— / sFr 126,50.
- Heft 173 **Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland.** Von Klaus-Dietrich Bedau. 127 S. 1998. (3-428-09481-6). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Heft 174 **Effizienz von Maßnahmen zur Verbrauchseinschränkung bei Mineralölversorgungsstörungen.** Von Rainer Hopf, Jutta Kloas, Heilwig Rieke, Martin Schmied und Franz Wittke (DIW); Klaus Lindner und Dieter Merten (IE). 239 S. 1998. (3-428-09482-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 175 **Wirkung und Wirksamkeit der EU-Binnenmarktmaßnahmen — Evaluierung des Studienprogramms der Europäischen Kommission.** Von Christian Weise, Stefan Bach, Heike Link, Uta Möbius, Bernhard Seidel, Wolfgang Seufert und Harald Trabold. 173 S. 1998. (3-428-09579-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 176 **Zum Einfluß betrieblicher und sektoraler Differenzierung der Arbeitskosten und sonstiger Regelungen auf die Beschäftigung im Strukturwandel.** Von Bernd Görzig, Wolfgang Scheremet und Frank Stille. 315 S. 1998. (3-428-09580-4). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 158,—.
- Heft 177 **Zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Metallhütten in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).** Von Peter Eggert, Ilse Häusser, Bernd-Michael Kruse, Jochen Parchmann, Sighelm Thede und Eberhard Wettig. 341 S. 1998. (3-428-09682-7). DM 188,— / öS 1.372,— / sFr 167,50.
- Heft 178 **Die wirtschaftliche Bedeutung Berlins für den Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 158 S. 1998. (3-428-09745-9). DM 136,— / öS 993,— / sFr 121,—.
- Heft 179 **Deutschland im Strukturwandel — Strukturberichterstattung 1997.** Von Dietmar Edler, Bernd Görzig, Dieter Schumacher, Frank Stille (Koordination), Dieter Teichmann, Dieter Vesper und Rudolf Zwiener. 400 S. 1998. (3-428-09766-1). DM 212,— / öS 1.548,— / sFr 188,—.
- Heft 180 **Der deutsche Dienstleistungshandel im internationalen Vergleich.** Von Siegfried Schultz und Christian Weise unter Mitarbeit von Dietmar Schumacher. 151 S. 1999. (3-428-09845-5). DM 140,— / öS 1.022,— / sFr 124,—.
- Heft 181 **Der Dienstleistungssektor in Hamburg — Stand, Verflechtung, Qualifikation und Entwicklungschancen.** Von Martin Gornig, Peter Ring und Reiner Stäglin. 230 S. 1999. (3-428-09901-X). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 182 **Ökonomische Wirkungen der Städtebauförderung in Mecklenburg-Vorpommern.** Von Lorenz Blume (Universität Göttingen), Klaus-Peter Gaulke (DIW) und Josef Rother (GEFAK). Projektleitung: Rolf-Dieter Postlep (DIW). 108 S. 1999. (3-428-09915-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 183 **Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg — Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten.** Von Kurt Geppert. 122 S. 1999. (3-428-09941-9). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.
- Heft 184 **Auswirkungen der weltweiten Konzentration in der Bergbauproduktion auf die Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.** Von Peter Eggert, Alfred Haid, Eberhard Wettig (DIW), Manfred Dahlheimer, Manfred Krusznica, Hermann Wagner (BGR). 398 S. 2000. (3-428-10273-8). DM 198,— / öS 1.145,— / sFr 176,—.
- Heft 185 **Kommunalfinanzen und kommunaler Finanzausgleich in Brandenburg.** Von Dieter Vesper. 164 S. 2000. (3-428-10274-6). DM 148,— / öS 964,— / sFr 131,—.
- Heft 186 **Aktuelle steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Mietwohnungsbau — Wirkungen und Alternativen.** Von Stefan Bach und Bernd Bartholmai. 127 S. 2000. (3-428-10382-3). DM 138,— / sFr 122,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen Toepel. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.
- Nr. 160 **Arbeits- und Betriebszeiten in Deutschland: Analysen zu Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.** Von Frank Stille und Rudolf Zwiener. 153 S. 1997. (3-428-09209-0). DM 74,— / öS 540,— / sFr 67,—.
- Nr. 161 **Transformation des Wirtschaftssystems in den mittel- und osteuropäischen Ländern: Außenwirtschaftliche Bedingungen und Auswirkungen.** Von Dieter Schumacher, Harald Trabold und Christian Weise (Hrsg.). 435 S. 1997. (3-428-09239-2). DM 148,— / öS 1.080,— / sFr 131,—.
- Nr. 162 **Energiepreise als Standortfaktor für die deutsche Wirtschaft.** Von Jochen Diekmann, Manfred Horn und Hans-Joachim Ziesing. 220 S. 1997. (3-428-09333-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 163 **Sonderregelungen zur Vermeidung von unerwünschten Wettbewerbsnachteilen bei energieintensiven Produktionsbereichen im Rahmen einer Energiebesteuerung mit Kompensation.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Barbara Praetorius, Bernhard Seidel und Rudolf Zwiener. 224 S. 1998. (3-428-09378-X). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 164 **Gesamtwirtschaftliche und regionale Effekte von Bau und Betrieb eines Halbleiterwerkes in Dresden.** Von Heike Belitz und Dietmar Edler. 127 S. 1998. (3-428-09450-6). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 165 **Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung. Beiträge und Diskussionsberichte zu einer Tagung der Projektgruppe „Das Sozio-oekonomische Panel“ am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.** Hrsg. von Jürgen Schupp und Gert Wagner. 199 S. 1998. (3-428-09457-3). DM 118,— / öS 861,— / sFr 105,—.
- Nr. 166 **Evaluierung wettbewerbsorientierter Fördermodelle — Das Regionalprogramm für strukturschwache ländliche Räume in Schleswig-Holstein.** Von Martin Gornig und Kathleen Toepel. 166 S. 1998. (3-428-09477-8). DM 112,— / öS 818,— / sFr 99,50.
- Nr. 167 **Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die deutsche Wirtschaft.** Von Sebastian Dullien und Gustav A. Horn. 95 S. 1999. (3-428-10017-4). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Nr. 168 **E-Commerce — Erfolgsfaktoren von Online-Shopping in den USA und in Deutschland.** Von Brigitte Preißl und Hansjörg Haas unter Mitarbeit von Christian Rickert. 112 S. 1999. (3-428-10076-X). DM 106,— / öS 774,— / sFr 94,—.
- Nr. 169 **Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Karl Brenke und Frank Fleischer. 115 S. 2000. (3-428-10233-9). DM 112,— / sFr 99,50.
- Nr. 170 **Geld, Banken und Staat in Sozialismus und Transformation.** Von Mechthild Schrooten. 201 S. 2000. (3-428-10243-6). DM 148,— / sFr 131,—.
- Nr. 171 **Wie entwickeln sich die Gewinne in Deutschland? Gewinnaussagen von Bundesbank und Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung im Vergleich.** Von Bernd Görzig und Claudius Schmidt-Faber. 84 S. 2001. (3-428-10504-4). DM 92,— / sFr 81,—.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 26. Juli 2001

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>

Präsident: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gustav A. Horn, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Ulrich Kamecke (kommissarisch),
Prof. Dr. Hans-Georg Petersen (kommissarisch), Wolfram Schretil, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel,
Prof. Dr. Gert G. Wagner, Dr. Hans-Joachim Ziesing

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 2001/2002

Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig

Druck: Druckerei Conrad GmbH, Oranienburger Str. 172, D-13437 Berlin

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304